Deutsche Allgemeine Zeitung

Norddeutsche Allgemeine Zeitung

Das Blatt erscheint täglich zweimal, Sonntags als Morgenausgabe. Der Bezugspreis ist vierteljährlich Mark 12.—, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Bestellungen werden bei allen Postanstalten angenommen.

Berlin SW 48, Wilhelmstraße 32
Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 73 III
Fernsprecher:
Schriftleitung: Zentrum 614, 904, 905, 1580, 1589, 1583, für Nachtgespräche 1580
Geschäftsstelle: Zentrum 1903, 3945, 8394.

Preis für die Anzeigenzeile Mk. 1,— zuzügl. 20% Teuerungszuschlag; für die Reklamezeile Mk. 4.— zuzügl. 20% Teuerungszuschlag. Stellengesuche 60 Pfg. für die Zeile zuzügl. 20% Teuerungszuschlag.

Nummer 233. Donnerstag, 15. Mai 1919. Morgen-Ausgabe. 58. Jahrgang.

Ein Unterton der Enttäuschung.

Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.

K. **Versailles**, 14. Mai.

Die heutigen Pariser Morgenblätter geben die Rede Scheidemanns in der Nationalversammlung und die daran sich anschließende Aussprache meist ohne Anmerkungen wieder. Der feste Wille der Reichsregierung, den die Pariser Blätter heute durch Graf Brockdorff-Rantzau unterstrichen sehen, scheint die öffentliche Meinung hier etwas enttäuscht zu haben. Deshalb kann sie sich soweit sie sich über Scheidemanns Rede äußert noch nicht entschließen von der Meinung, der Friede werde doch unterschrieben werden, abzuweichen.

„Excelsior" stellt richtig fest, man suche in Berlin nach einem Verhandlungswege. Das Blatt fragt dann, ob das Kabinett Scheidemann unterzeichnen werde oder ob nicht die Drohung einzelner Parteien, ihre Vertreter aus dem Kabinett zurückzurufen (?), zu einer Ministerkrise führen könnte. Schließlich als Drohung, deren Aktualität offenkundig ist und womöglich die Stimmung in Deutschland beeinflussen soll, wird heute die amtliche Mitteilung über Beschlüsse des obersten Wirtschaftsrats veröffentlicht, die auf die im Falle der Nichtunterzeichnung zu ergreifenden Maßnahmen verweist.

Gustave Hervé sucht den Beweis zu erbringen, daß die Hoffnungen der Deutschen auf ihre sozialistischen „Brüder" in Frankreich unfonst seien. Wenn es auch hier Skeptiker gebe, so liege doch für Frankreich keine Gefahr darin. Deutschland könne sich vollchewisten oder nicht, in Frankreich würde sich deshalb nichts ändern. Die Entente würde dann nach Belieben das Nahrungsdecken und Westfalens die Blockade enger ziehen und Deutschland in seinem Saft kochen lassen (!)

Die Noten über die Heimbeförderung der Gefangenen und das Arbeiterrecht waren auch gestern abend noch nicht beantwortet. „Matin" meint, die Antwort sei einfach, da es ja Sieger und Besiegte gäbe.

Die anklagenden englischen Stimmen.

Rotterdam, 14. Mai. Wie der „Nieuwe Rotterdamsche Courant" aus London meldet, wird die Rede Scheidemanns von den konservativen englischen Blättern aufs schärfste verurteilt, findet jedoch Anklang bei den liberalen und sozialistischen Blättern wie „Daily News" und „Daily Herald".

„Daily News" schreiben: Wir wollen einen Frieden, den die Deutschen annehmen können, ohne das Gefühl zu haben, daß sie einen Marterpfahl vor sich sehen. Wir wollen einen Frieden, der eine tüchtige Regierung, die von der Meinung des Volkes getragen wird, stärkt und welche die anderen Mächte als Trägerin der Verantwortung ansehen können. Aber wie die Sache liegt, ist die Annahme des Friedensvertrages eben so verhängnisvoll, als die Ablehnung, und doch hätte dies eines der Hauptziele der Friedensdelegierten sein müssen.

„Daily Herald" sieht voraus, daß statt Entschädigungen zu erhalten, man deutsches Gebiet werde besetzen müssen, und schreibt, die Militaristen in allen Ländern, vor allem in Frankreich, werden jubeln. Aber das bedeutet die militärische Sklaverei für England und alle anderen Völker, die sich an der Besetzung beteiligen. Diese Völker werden genau so besetzen müssen, wie Deutschland.

Haag, 14. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Der Garvinsche Artikel im Londoner „Observer", der bereits in kurzen Auszügen mitgeteilt wurde, ist viel schärfer, wie es zuerst den Anschein hatte, und erregt in England großes Aufsehen. Er greift mit rücksichtsloser Offenheit und Schärfe in vier Spalten den Wahnsinn des Friedensvertrages an und empfiehlt dem deutschen Volke zwar, den Friedensvertrag zu unterzeichnen, aber die erste Gelegenheit zu benutzen, ihn zu zerreißen. Er betont, daß diese Gelegenheit sich bei der Uneinigkeit der Welt früher oder später bieten werde. Garvin findet auch in der liberalen und vor allem in der Arbeiterpresse lebhafte Zustimmung.

Italien gegen die französische Despotie.

to. **Lugano**, 14. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Der „Corriere della Sera" richtet heute ein freimütiges Wort an Frankreich: Italien wünsche entschieden die Aufrechterhaltung des Bündnisses mit Frankreich, jedoch nicht mit einem Frankreich der Unordnung und Zerstörung, sondern mit einem Frankreich der Ordnung und des Aufbaues. Der französische Friede, der den Deutschen vorgelegt werde, sei aber ein Werk der Zerstörung und enthalte kein aufbauendes Element. Er vermehrte den Besiegten jeden Disput, der es ihm möglich machen könnte, im Leben wieder festen Fuß zu fassen. Italien dürfe nicht aus falsch verstandener Freundschaft für Frankreich sein Erstaunen und seinen Schmerz über diesen Frieden verbergen, denn es glaubt, Frankreich sei es Ernst gewesen mit seinen Worten von Gerechtigkeit und Freiheit. Solange keine Eintracht zwischen dem Deutschtum und den Franzosen herrsche, werde es keinen Frieden in Europa geben, aber auch keine Sicherheit für Frankreich. Es wäre ein schöner Sieg gewesen, wenn Deutschland erkannt hätte, daß Frankreich seinen Versprechungen treu geblieben wäre; aber Frankreich habe auf jenen Triumph verzichtet. Clemenceau zeige einen diplomatischen Sieg davongetragen, jedoch einen Pyrrhussieg. Das Blatt sagt weiter: Wir können keinen Frieden gutheißen, der eine französische Hegemonie in Europa festlegt. Wir hätten gern ein französisch-italienisches Bündnis gesehen, statt dessen sehen wir jetzt eine französisch-englisch-amerikanische Allianz, der Italien nur noch beitreten könnte, wenn es sich unerträglich demütigen würde. So erhebt sich gegen uns wieder das alte Frankreich, das lieber Italien zum Feinde hat, als daß es ihm die Gleichberechtigung gewähren will. Clemenceau hat auch für die bescheidensten italienischen Ansprüche nur das bittere „Jamais" und so steht Italien heute vereinsamt in der Welt. Frankreich erscheint Italien als ein Land, das von greisenhaftem Ehrgeiz ergriffen, ein romantisches Leben mit der Verwirklichung des Unmöglichen abschließen will. Aber es ist unmöglich, ein Europa schaffen zu wollen, in dem Frankreich als Despot regiert. Was Richelieu und Napoleon mißlungen, wird Clemenceau noch weniger gelingen können.

Die Wiener Delegation in Paris.

Der drohende Zwangsfriede für Deutsch-Oesterreich.

R. **Basel**, **14. Mai.** (Eigene Drahtmeldung.) **Nach einem Bericht der Neuen Korrespondenz ist Dr. Renner an der Spitze der deutsch-österreichischen Delegation, welche sich aus Professor Lammasch, Dr. Schönbauer (Deutschnationale Volkspartei) und dem Führer der christlich-sozialen Partei) zusammensetzt, in Paris eingetroffen.**

Versailles, 14. Mai. Der Vierertrat erörterte gestern noch einige Einzelheiten der Verträge mit Deutsch-Oesterreich und Ungarn, so daß die Fertigstellung in den allernächsten Tagen zu erwarten ist. Die Ankunft der österreichischen Delegation in Saint Germain ist auf heute abend festgesetzt. Die Hauptdelegierten werden, wie die Blätter mitteilen, im Pavillon Henry IV untergebracht, der vom amerikani den Roten Kreuz zur Verfügung gestellt wurde. Die übrigen Delegierten, Sachverständigen, Pressevertreter und Sekretariatsmitglieder werden in vier Villen in der Nähe des Pavillons untergebracht. Wenn wie die deutsche Delegation in Versailles wird auch die Oesterreicher mit der Außenwelt nicht verkehren dürfen. Die Absperrungsmaßnahmen sind bereits vollständig organisiert. Die ersten Tage werden mit gegenseitiger Prüfung der Vollmachten ausgefüllt sein. Die Ueberreichung des Vertrages wird Anfang nächster Woche stattfinden.

Ob und wann eine ungarische Delegation eintreffen wird, scheint noch ganz ungewiß zu sein. „Echo de Paris" meint darauf hin, wie bedauerlich es sei, daß der Verband die Bildung der Bolschewismus in Ungarn nicht mit der notwendigen Rücksichtslosigkeit betreibe. Mehr noch als beim Vertrag mit Deutschland gelte bei den Verträgen mit Deutsch-Oesterreich und Ungarn die Tatsache, daß Verträge nur den Wert besäßen, den ihre Mittel zur Durchführung in sich trügen.

Wien, 14. Mai. (Korr.-Bur.) Bei Besprechung der noch nicht bestätigten Pariser Zeitungsmeldungen über die Beziehungen für Deutsch-Oesterreich heben die Blätter hervor, daß, wenn sie auf Richtigkeit beruhen würden, alle Befürchtungen gerechtfertigt wären, mit denen den Vorschlägen der Verkürzten habe entgegengesehen werden müssen. Der Friede, wie ihn der Verband für Deutsch-Oesterreich und Ungarn plane, hätte dann dasselbe Gesicht wie der für Deutschland und wäre ebenso ein Vernichtungsfriede, den Deutsch-Oesterreich gleichfalls nicht unterzeichnen könnte.

Der Zusammenhang mit der Adriafrage.

⊙ **Paris**, 14. Mai. (Indirekter Dienst der „Deutschen Allgemeinen Zeitung".) Die für heute angekündigte Ankunft der österreichischen Delegierten lenkt hier die allgemeine Aufmerksamkeit wieder auf die Adriafrage. Orlando und Sonnino sprachen gestern morgen mit Lloyd George und am Nachmittag mit Leon Bérard und Tardieu. Die politischen Kreise zeigen sich sehr zurückhaltend. Die Italiener legen der Unterredung zwischen Orlando und Tardieu große Bedeutung bei, ohne indessen nähere Angaben zu machen.

In der „Heure" fordert der Abg. Sembat einen wahrhaften Völkerbund nach den Grundsätzen der Internationale. Die „Humanité" verlangt in lebhaften Ausdrücken die Befreiung der deutschen Gefangenen.

Seltsame französische Winkelzüge.

R. **Basel**, 14. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Der Pariser Berichterstatter der „Baseler Nachrichten" schreibt seinem Blatte: In der französischen Presse finden sich seltsame Anregungen in Bezug auf die Möglichkeit eines Regierungswechsels in Deutschland, und es wird die Hoffnung ausgedrückt, daß die Uebergabe der Regierung an die Unabhängigen der Entente gestatten werde, die Bedingungen für Deutschland zu mildern. In anderen Milieus legt man dieser Regierungsfrage keine große Bedeutung bei und faßt besonders eine Milderung der Hauptpunkte des Vertrages für unmöglich. Man exaktet auch, daß die Frage einer deutschen Volksabstimmung über den Vertrag eine rein-deutsche Angelegenheit sei, die die Alliierten nichts angehe.

Keine Kriegsvorbereitungen in Deutschland.

Widerlegung unsinniger Gerüchte.

Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt: Es gibt Nachrichten, deren Unsinnigkeit so offenbar ist, daß ihnen entgegenzutreten nur dann notwendig wird, wenn bewußte Böswirtigkeit den offenkundigen Unsinn dazu mißbraucht, Agitation um jeden Preis zu treiben. Dies gilt für die abenteuerliche Nachricht, daß unter Billigung der Reichsregierung offen und heimlich zur Entzündung eines neuen Krieges gehetzt werde und daß insonderheit der Generalstabschef in Berlin bereits einen Plan zur Erhebung des deutschen Volkes ausgearbeitet habe.

Derartigen Wahnsinn zu widerlegen, wäre überflüssig gewesen, wenn nicht die „Freiheit" mehrfach diese Alarmnachrichten für ihre parteipolitischen Zwecke ausgebeutet hätte. Sie verleitet über, der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes unverständliche Stellung zu dem uns zugedachten Gewaltfrieden dadurch zu verschleiern, daß sie die Gefahren eines neuen Nationalismus an die Wand malt.

Um solchen Umtrieben ein für alle mal den Boden zu entziehen, sei darum ausdrücklich festgestellt, daß keine verantwortliche Stelle in Deutschland, ja überhaupt kein Mensch mit gesunden Sinnen daran denkt, noch daran denken kann, aufs neue zum Kampf mit den Waffen aufzurufen, und daß auch der Generalstabschef, der übrigens nicht in Berlin, sondern in Kolberg seinen Sitz hat, an nichts weniger denkt, als an die Ausarbeitung eines Planes zur bewaffneten Erhebung des deutschen Volkes.

Vertreter des Ostens beim Reichspräsidenten.

Eine Abordnung aus dem Nordosten Ostpreußens, der die Oberbürgermeister Allenberg-Memel, Pohl-Tilsit, Stadtsyndikus Laurat Kutschke-Königsberg, die Abgeordneten Borowski, Siehr und Matzies und andere Herren angehörten, hatte unter Führung des Oberpräsidenten von Batocki am 14. Mai eine Unterredung mit dem Herrn Reichspräsidenten Ebert. Die Deputation legte dar, daß die in Frage kommende Bevölkerung bis zu 90 Prozent deutsch sei, daß auch die litauisch sprechende Bevölkerung sich völlig deutsch fühlt, und daß das Land durch mehr als 600jährige Zugehörigkeit, gemeinsame Kultur und wirtschaftliche Interessen mit Deutschland verbunden sei. Die Verwirklichung der Verbandspläne würde auch für den verbleibenden Rest der Provinz Ostpreußen die völlige wirtschaftliche Erdrosselung bedeuten. Die Bevölkerung sei bis zum äußersten entschlossen, an ihrem deutschen Vaterlande festzuhalten.

Präsident Ebert drückte seine Freude über diese Gesinnung der ostpreußischen Bevölkerung aus und erklärte, daß die Regierung den Friedensbedingungen in der vorliegenden Fassung nicht zustimmen könne und werde. Es wird alles getan, um die Lostrennungspläne in Bezug auf Memel nicht verwirklichen zu lassen. Hoffentlich gelänge es, in Versailles zu Verhandlungen zu kommen und auch für das deutsche Volk das Selbstbestimmungsrecht zu erkämpfen. Die Reichsregierung werde den Volksgenossen im Osten Treue mit Treue vergelten.

Der Frieden für die Neutralen unannehmbar.

Wien, 14. Mai. Ein in der „Neuen Freien Presse" erschienener Artikel, der es als eine Aufgabe der Neutralen bezeichnet, gegen die Fälschung des Völkerbundgedankens nunmehr aufzutreten, wird von dem Blatte selbst als eine Anregung bezeichnet, die von den neutralen Gesandtschaften an ihre Regierungen weiter gegeben worden sei. Wie der Vertreter der „Frankfurter Zeitung" erfährt, ist die Auffassung der neutralen Staaten tatsächlich die, daß der Friedensvertrag nicht nur für Deutschland, sondern auch für sie unannehmbar sei. Ob daraus eine Aktion der Neutralen gegen die jetzigen Machthaber der Welt hervorgehen wird, ist aber noch zweifelhaft.

Die Heimkehr unserer Südwestafrikaner.

Unerwartet trafen am vergangenen Sonntag unsere Südwestafrikaner in Weisel ein, herzlich empfangen von dem dortigen Abschnittskommandanten, dem Bürgermeister und den Damen des Roten Kreuzes, die in jeder Weise für die Unterbringung der Frauen und Kinder sorgten. Ein festlicher Empfang, wie er seinerzeit den Ostafrikanern bei ihrer Rückkehr bereitet wurde, konnte ihnen nicht zuteil werden, denn um ihre Ankunft wußte niemand in Deutschland. Die britische Regierung hat es nicht für nötig befunden, die deutschen maßgebenden Stellen von der bevorstehenden Ankunft in Kenntnis zu setzen — ein Verfahren, das alles andere, aber nur nicht ritterlich genannt werden kann. Das deutsche Volk aber ruft den heimgekehrten Landsleuten aus Südwest ein herzliches Willkommen zu. Auch sie wurden im Sommer des Jahres 1914 vom Kriege überrascht, genau wie wir in der Heimat, und verteidigten mit ihren schwachen Streitkräften den deutschen Boden in Südwest so gut und so lange es eben ging, gegen eine erdrückende Uebermacht.

England betrachtet Deutsch-Südwestafrika offenbar heute schon als ein Gebiet, das der südafrikanischen Union als Belohnung für ihre Teilnahme am Feldzug zugewiesen werden soll. Deshalb auch die schleunige und heimlich betriebene Entfernung unserer Landsleute. Wir aber legen gegen dieses, Recht und Moral in gleicher Weise verletzende, Verfahren den schärfsten Widerspruch ein. Wir sind nicht willens, unser südwestafrikanisches Gebiet, das wir durch rechtmäßige, auch von unseren Gegnern angerkannte Verträge erworben und in dreißigjähriger harter Arbeit zur Blüte gebracht haben, dem Gegner zu überlassen. Wir sind auch nicht willens, die wohlerworbenen Rechte unserer südwestafrikanischen Landsleute preiszugeben. Das herzliche Willkommen, das wir den heimgekehrten südwestafrikanischen Männern, Frauen und Kindern zurufen, verbinden wir mit dem Versprechen, auch ihre Rechte auf dem Kampfplatz von Versailles zu verteidigen bis zum äußersten.

Die Vorgeschichte der Einverleibung Südschleswigs.

V. **Kopenhagen**, 14. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) In seinem Blatt „Heimdal" nimmt Hansen-Nörremölle, der nordschleswigsche Dänenführer, nochmals scharfe Stellung gegen eine Abstimmung in der dritten südschleswigschen Zone. Er teilt dabei Einzelheiten über eine unverantwortliche politische Agitation mit, die zu der Bestimmung der dritten Zone in Paris geführt hat. Es steht demnach fest, daß neben der offiziellen Vertretung der Abschleswiger, die feinerzeit mit einer Abordnung des dänischen Reichstags zur Friedenskonferenz reiste, eine Reihe nordschleswigscher Agitatoren mit einem besonderen Auftrag kleiner politischer Kreise in Mittelschleswig in Paris tätig waren, um deren weitgehende Bestrebungen auf Festlegung einer weiter südlichen Abstimmungsgrenze durchzusetzen. „Unsere Stellung", erklärt Hansen, „ist im Augenblick sehr schwierig, sowohl nach außen als auch nach innen. Nach außen stehen wir unter dem peinlichen Eindruck, daß die Verhandlungen einen verhängnisvollen Beschluß über die Zukunft unseres Vaterlandes getroffen haben, der im Gegensatz zu den Wünschen des dänischen Reichstags, der Regierung und des Wählervereins steht. Nach innen stehen wir vor einer tiefgehenden Zersplitterung, welche zweifellos das dänische Volk südlich und nördlich der jetzigen Grenze in zwei sich scharf bekämpfende Lager teilen wird.

Der englische Offiziosus zur Schuldfrage.

Im Folioformat und fast ganz in der Aufmachung eines amtlichen Blaubuches erschien bald nach dem Ausbruch der deutschen Revolution die Arbeit des Oxforder Geschichtsprofessors C. Oman über den Kriegsausbruch (The Outbreak of the War of 1914—18. A narrative based mainly on british official documents. London, published by His Majesty's Stationary Office 1919, VI, 146 Seiten). Der Verfasser steht dem Foreign Office so nahe, daß er aus seinen Akten fast ein halbes Hundert neue, bisher unveröffentlichter Dokumente mitteilen kann. Außerdem haben die beteiligten englischen Persönlichkeiten ihm mündliche Aufklärung gegeben und seine Arbeit sogar nachgeprüft, ehe sie zum Druck ging. Was er selbst darüber mitteilt, berechtigt dazu, ihn den Offiziosus zu nennen.

Wenn er in der Lage ist, so viele neue, teilweise recht bemerkenswerte Dokumente vorzulegen, so wirft diese bloße Tatsache auf die viel gepriesene Vollständigkeit des bald nach Kriegsausbruch über die diplomatischen Verhandlungen herausgegebenen englischen Blaubuchs kein günstiges Licht, zumal einzelne der jetzt mitgeteilten Stücke keine Bagatellen betreffen, sondern zu Kernpunkten in den Verhandlungen über die Schuldfrage hinführen. Im übrigen hütet sich der Offiziosus natürlich vorsichtig, irgend welche Mängel der englischen amtlichen Veröffentlichung oder der anderen gegnerischen auch nur anzudeuten. Unter den sechzig Stücken, die Oman aus dem Blaubuch verwertet, fehlt gerade das in mancher Hinsicht merkwürdigste, nämlich die Mitteilung des französischen Ministers des Aeußern an den französischen Botschafter in London über die deutschen Kriegsvorbereitungen an der französischen Grenze vom 31. Juli 1914. (Blaubuch Nr. 105, Anlage 3.) Die sachliche Unbefangenheit des englischen Geschichtsprofessors reicht nicht so weit, daß er diese offenkundige Fälschung zugeben möchte. Ebensowenig ist von der Einseitigkeit der englischen diplomatischen Berichterstattung, besonders von den gefärbten Depeschen S. Maurice de Bunsens aus Wien, mit einem Worte die Rede. Selbstverständlich wird nicht nur Grens, sondern auch die „aufrichtige" Diplomatie Sasonows und anderer Verbandsfreunde warm verteidigt. Von Wohlwollen gegenüber Deutschland ist der Verfasser weit entfernt, zumal, da ihm nach gerade vor Abschluß des Druckes die Cisner-Berchtoldsche Enthüllung zu Gesicht gekommen ist. Mit der dem Anaesthetin eigenen Hartnäckigkeit wiederholt er das tausendfältig vorgebildete Verdammungsurteil: ein unerbittlicher Richter, möchte man sagen, vor dessen Augen der Angeklagte keine Gnade finden wird.

Und doch bringt das Urteil dieses neuen Richters, verglichen mit seinen zahllosen Vorgängern, keine wesentliche Verschärfung, sondern in mancher Hinsicht sogar eine Abmilderung, obwohl ihm das — durchaus irreführende — revolutionäre deutsche Schuldbekenntnis schon vorgelegen hat. Die gegen Deutschland seit bald fünf Jahren ins Werk gesetzte Stimmungsmache in Sachen der Schuldfrage wird von diesem englischen Offiziosus eingeschränkt. Der Professor ist insofern wissenschaftlich genug, als er weiß, daß, wer zu viel beweist, nur nichts beweist. So sucht man vergeblich eine Reihe von Entente-Legenden über die letzte Phase der Vorgeschichte des Krieges bei Oman vorgebens. Kein Wort von der Verschwörung von Konopischt, wo der deutsche Kaiser und der österreichisch-ungarische Thronfolger den Weltkrieg schon am 12./13. Juni 1914 gemeinsam ausgeheckt haben sollen. Die Legende vom Botsdamer Kronrat, ein Paradestück der bisherigen englischen Beweisführung, der am 5. Juli das Werk von Konopischt nervollständigt haben soll, wird unter Berufung auf so einwandfreie Zeugen wie Bunsen und Rumbold sogar ausdrücklich preisgegeben. Auch die Vorgeschichte des austro-serbischen Streites wird nicht mehr in die bekannte einseitige Beleuchtung gerückt. Man erfährt, daß die großserbische Propaganda doch nicht nur ein K. u. K. Phantasiegebilde gewesen und auch nicht nur auf habsburgische Säbelherrschaft und Spitzelwirtschaft zurückzuführen ist. Sie muß sich gelegentlich sogar das Beiwort „fanatisch" gefallen lassen. Alle die Märchen ferner, die auf seiten des Verbandes auch in umfangreichen, ernsthaften Büchern über das Attentat von Sarajewo verbreitet worden sind, noch schließlich das unglückliche Opfer selbst als Hauptanstifter zu gelten hatte, werden mit beredem Stillschweigen übergangen. Nicht einmal das österreichisch-ungarische Ultimatum an Serbien verfällt der sonst üblichen restlosen Verurteilung. Vielleicht erinnert sich der englische Historiker noch an die Artikel, die seine Landsleute am Vorabend des Krieges in unabhängigeren englischen Zeitungen über Recht und Unrecht im austro-serbischen Streite verfaßt haben.

Noch mehr Beachtung verdient es, daß in dieser neuesten englischen Veröffentlichung wenigstens in zwei Richtungen eine gewisse, wenn auch eine zögernde und sehr vorsichtige, ganz entfernte Annäherung an die deutschen „Thesen" stattfindet. Die Verantwortlichkeit Rußlands wird hier nicht mehr durchaus geleugnet; das Belastungsmaterial des Suchomlinow-Prozesses wird nicht völlig beiseite geschoben; das frühe Einsetzen der französisch-russischen Zusammenarbeit wird nicht ganz verschleiert. Oman ist vielleicht Engländer genug, um für das zaristische Rußland nicht ganz vorbehaltlos Partei zu ergreifen, wenn er auch freilich eben als Engländer unfähig ist, den für das Deutsche Reich schlechthin bedrohlichen Charakter der russischen Mobilmachung in seinem vollen Umfange zu würdigen.

Andererseits aber behandelt der Verfasser die während des diplomatischen Kampfes „Schulter an Schulter mit England" ins Werk gesetzte und durchgeführte und erst im letzten Augenblicke durch die russische Gesamtmobilmachung um ihren Erfolg bringende deutsche Vermittelungspolitik weit ernsthafter, als das in irgend einer der zahllosen englischen und sonstigen feindlichen Darstellungen geschehen ist. Bisher waren die wichtigsten Zeugnisse dafür in den seit der Kanzlerrede vom 19. August 1915 bewirkten späteren Veröffentlichungen des Auswärtigen Amtes zu finden. Schon nach diesen Enthüllungen konnte man es, wenn man nach Sinn für Sachlichkeit hatte, schlechterdings nicht mehr als Phrase bezeichnen, wenn die Deutsche Regierung die Aufrichtigkeit und den Eifer dieser durchweg im Einvernehmen mit England getätigten Vermittlungspolitik immer wieder betonte. Dafür hat auch dieser Engländer, so scharf er die deutsche Mißbewaltung somst kritisiert, ein gewisses Verständnis. Man darf es ihm danken, daß er einen bisher unbekannten Be-

richt Goschens aus Berlin vom 29. Juli 1914 veröffentlicht hat, der, bei Lichte besehen, das bisherige deutsche Material ergänzt und teilweise bestätigt, was der offiziöse Herausgeber freilich nicht anerkennen darf. So viel aber könnte ein unbefangener Forscher selbst dieser englischen Darstellung entnehmen, daß eine Regierung, die eine so weitverzweigte, durchdachte und ungeachtet aller dagegen aufgetürmten Hindernisse harmäckig festgehaltene Vermittlungspolitik getrieben hat, niemals so einseitig mit der Schuld, den Krieg hervorgerufen zu haben, belastet werden kann, wie das bisher sogar intra muros geschehen ist. Zwar wird die feindliche Anschauung, daß die Mittelmächte diplomatisch stets völlig einmütig durch dick und dünn gegangen seien, und die noch beliebtere, daß die Wiener Angriffspolitik auf der Wilhelmstraße stamme, auch von diesem englischen Offiziosus wieder als natürliche Voraussetzung vertreten. Aber nach Musterung der Gesamtheit selbst seiner eigenen Aeußerungen kann sie weder in jener noch gar in dieser Form ohne Abstrich aufrechterhalten werden. Daher wohl auch das Unbehagen, das mit der Besprechung des Professors drüben in England, beispielsweise bei der „Times", erregt hat.

Davon abgesehen, erhebt Oman auf der andern Seite eine Flut von Vorwürfen gegen das beiegte Deutschland. Obwohl er aber wie bemerkt über reichliches neues Material verfügt, so vermag er doch ungeachtet alles Fleißes und aller Sorgfalt, die er an seine Arbeit gewandt hat, neue Anschuldigungen kaum vorzubringen. Nicht einmal von der Denkschrift Lichnowsky's macht er zu diesem Zwecke ausgiebigeren Gebrauch. Was er auf dem Herzen hat, ist im wesentlichen das Altbekannte, was schon seit Kriegsausbruch und zwar weit über die ursprünglichen Anklagen der nächstbeteiligten Diplomaten hinaus, in einem großartig organisierten und durchgeführten Werbefeldzuge gegen die Mittelmächte in die Wagschale geworfen worden ist. Man braucht nur Oman's Werk mit dem seines Kollegen Headlam aus dem ersten Kriegsjahre zu vergleichen, um einzusehen, daß ein Fortschritt — oder soll man es einen Rückschritt nennen? — nicht gemacht worden ist. Die Schuldfrage ist eben von feindlicher Seite von Anfang an nach einem feststehenden Schema behandelt worden, dem sich nur einzelne starke Geister etwa unter den englischen Radikalen haben entziehen können. Unser Historiker gehört nicht zu ihnen. Jenes Schema ist auch für ihn maßgebend. Mit dem Widerstande, der auch in England gegen Greys Kriegspolitik laut geworden ist, will er nichts zu tun haben. Mitmehr hält er es als seine Pflicht an, das alte Lied, nur mit einer etwas breiter ausgeführten Begleitung, von neuem anzustimmen.

Es hieße die ganze Schuldfrage aufrollen, wollte man zu diesen Vorwürfen im einzelnen Stellung nehmen. Unbegreiflich aber ist es, daß hier die Ablehnung des Greyschen Konferenzvorschlages der Deutschen Regierung aber-mals zur Last gelegt wird, wo doch Grey selbst diesen Vorschlag zugunsten des direkten austro-russischen, von Deutschland plan-mäßig in Gang gehaltenen Meinungsaustausches zurückgezogen hat, ganz abgesehen von den politischen und technischen Bedenken, die Deutschland mit Fug und Recht gegen die Tragfähigkeit dieser Verständigungsbrücke geltend machen konnte. Wenn man aber schon die Ablehnung des Greyschen Konferenzvorschlags so schwer nimmt, so sollte man dem Leser doch nicht verschweigen, daß alle übrigen englischen Vermittlungsvorschläge der Zeit nach mindestens sieben, von Berlin nach Wien weitergegeben worden sind, und zwar teilweise unter rückhaltloser Befürwortung, und daß die Reichsleitung außerdem eine dem Geiste nach mit der englischen teilweise übereinstimmende selbständige Vermittelungspolitik getrieben hat. Dank ihrer Tätigkeit war es am 30. Juli endlich soweit gekommen, daß ein Ausgleich in den Bereich des Möglichen zu rücken schien. Allein die russische Gesamtmobilmachung hat die an diesem Schicksalstage aufs-einende Hoffnung zerstreten. Das ist es, was die englische Kriegspublizistik noch immer verkennt.

Auch sollte man sich durch Oman nicht zu der Meinung verführen lassen, als wenn die Schuldfrage schon auf Grund der nach dem Attentate von Sarajewo eingetretenen Ereignisse beantwortet werden könnte. Jede Anklageschrift, die vor dem Richterstuhle der Geschichte ernst genommen sein will, muß die gesamte Vorgeschichte, besonders die letzten Menschenalters, heranziehen. Wir warten auf den englischen Offiziosus, der sich dieser größeren und schwereren Aufgabe widmen wird. Arbeitet er gewissenhaft und wenigstens hier und da mit Unbefangenheit, so könnte er uns vielleicht ähnliche angenehme Ueberraschungen bereiten wie Oman. J. H.

Das Nahrungselend in Wien.

Wien, 14. Mai. Dem „Neuen Tag" zufolge, hat die amerikanische Kommission mit Rücksicht auf das zunehmende Kinderelend in Wien die geplante Lebensmittelspende im Werte von 400 000 Dollar auf das Doppelte erhöht.

Die verschleppte Heimführung der Kriegsgefangenen.

Meldung des Wolffschen Tel.-Bureaus.

Die im Friedensvertrage vorgesehene Heimführung der 70—80 000 deutschen Kriegsgefangenen aus den verbündeten Ländern stellt uns angesichts der zerrütteten Verkehrsverhältnisse und der inneren wirtschaftlichen Lage Deutschlands vor eine schwere Aufgabe. Sie kann nur durch die Zusammenarbeit mit den Verbündeten gelöst werden. Der deutsche Unterausschuß für Kriegsgefangene in Spa hatte sich daher an General Nudant mit der Anregung gewandt, in unverbindliche Besprechungen über die Zurückführung der deutschen Kriegsgefangenen einzutreten, um einen reibungslosen und geordneten Heimtransport zu ermöglichen.

Hierauf teilte Nudant am 13. Mai in einer Note mit, diese Frage könne in Deutschland schon jetzt geprüft werden. Eine unmittelbare Ablehnungsnahme der beiderseitigen Vertreter solle aber erst später stattfinden. Dahingehende Weisungen würden zu gegebener Zeit erteilt werden.

Damit sind also die Bemühungen des deutschen Unterausschusses für Kriegsgefangene, den Abtransport unserer Gefangenen vorzubereiten, bis auf weiteres lahmgelegt.

*

Der Vorsitzende der englischen Kommission in Spa teilte der deutschen Waffenstillstandskommission am 13. Mai mit, daß alle Anfragen über den Verbleib von Kriegsgefangenen und Vermißten durch das Rote Kreuz an die russische Auskunftsstelle für Kriegsgefangene und Vermißte zu richten seien. Die Uebermittlung solcher Gesuche durch die Waffenstillstandskommission hätte eine doppelte Bearbeitung zur Folge.

Belästigung eines französischen Offiziers in Frankfurt.

—l. **Frankfurt a. M.**, 14. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Hier fand heute eine Protestversammlung der unabhängigen Sozialdemokraten gegen den von der Entente drohenden Gewaltfrieden auf dem Bahnhofsplatze statt. Neben anderen Rednern gab auch ein Arbeiter aus dem Saarrevier seiner Entrüstung über die drohende Vergewaltigung deutschen Volkstums Ausdruck. Eine große Anzahl Teilnehmer der Versammlung, der sich zahlreiche Neugierige anschlossen, zogen dann durch die Kaiserstraße dem Inneren der Stadt zu. Während die politischen Demonstrationen anderer Parteien ruhig verliefen, kam es an der durch bekannten Kasse Rumpelmayer zu einem Zwischenfall, über den sich der Kommandeur des Abschnittes IV der neutralen Zone folgendermaßen äußert:

Heute nachmittag gegen 5 Uhr hatten sich Teilnehmer des großen Demonstrationszuges vor dem dichtbesetzten Café Rumpelmayer angesammelt, in dem ein französischer Offizier in Begleitung einer Dame ihre Aufmerksamkeit erregten. Ein deutscher Offizier und ein Mannschaftsgrad der Sicherheitstruppe, die zugegen waren, wurden gebeten, sich für einstweilen zu entfernen, damit der Menge gegenüber, die eine drohende Haltung gegen ihn einnahm.

Die tschechisch-deutschen Beziehungen.

—l. **Frankfurt a. M.**, 14. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Der Berichterstatter der „Frankfurter Zeitung" berichtet aus Prag: Der Präsident Masaryk möchte mir folgende Erklärung, seine Uebermittlung nach Deutschland er ausdrücklich als erwünscht bezeichnete:

Die weltgeschichtliche Lage unseres Staates bringt es mit sich, daß unser Verhältnis zu Deutschland eins der wichtigsten ist. Wir sind uns dessen wohl bewußt, und auch die historische Entwicklung hat dieses Verhältnis zum wichtigsten gemacht. Ich kann nur versichern, daß wir alles tun werden, um mit dem Deutschen Reiche korrekte Beziehungen zu pflegen. Ich selbst und wir alle hoffen und wünschen, daß das Verhältnis mit der Zeit beide Teile in jeder Beziehung befriedigen wird.

Ueber die Deutschen Böhmens sagte Masaryk: Sie werden als Bürger völlig gleichberechtigt und seinen Verlust der Tschechoslowakei als ausgeschlossen. Adolfsteis können die Deutschböhmen nicht das Selbstbestimmungsrecht Wilsons anrufen, dem ein nationales Prinzip nach europäischem Begriff nicht innewohnt, was aus der Anerkennung der Staatsgrenzen, also nicht nationalen Grenze für Italien hervorgeht. In Deutsch-Böhmen wohnt auch eine tschechische Minorität. Als eine reinliche Scheidung unmöglich (?) ist, müssen beide Teile vernünftig genug sein, um ein Zusammenleben und eine ruhige Entwicklung möglich zu machen. Ueberdampf, sagte der Präsident nachdrücklich, handelt es sich bei alledem nicht nur um Nationalität, sondern auch um Internationalität. Die Entwicklung drängt zur Bildung des Völkerbundes der Vereinigten Staaten von Europa. Daher muß, was in der Schweiz möglich ist, auch in Böhmen durchführbar sein. Zu Oesterreich wünschen wir ebenfalls das beste Verhältnis, das ist von ihm absolute Loyalität zu fordern. Das bisherige Verhalten gegen die Deutsch-Böhmen war nicht richtig.

Die Entrüstung in Deutsch-Böhmen.

S. Dresden, 14. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Der Vorfriedensvertrag ruft in Deutsch-Böhmen allgemeine Empörung hervor. Man ist in deutschen Kreisen einmütig der Ansicht, daß dieser Vergewaltigungsfriede der Entente den Jammer, der jetzt unter den besiegten Völkern herrsche, bis zur Unerträglichkeit steigern muß und deshalb nicht von langer Dauer sein wird. Vor allem in sozialpolitischen Kreisen begegnet man flammender Entrüstung darüber, daß der Verband, der das Recht auf Selbstbestimmung jedem Volke feierlich verbrieft hat, sich nicht scheut, 24 Millionen Deutsch-Oesterreicher ihrer Rechte und ihrer Freiheit zu berauben und sie den Tschechen auszuliefern. Die Entrüstung wird noch dadurch gesteigert, daß die Tschecho-Slowaken unverhohlen ihre Absicht bekunden, die Gewaltakte der Verbündeten äußern und daß die Presse, wie z. B. der agrarische „Venkov" in Prag, die Vorfriedensbedingungen noch nicht hart genug findet.

Korfantys Treibereien.

Nach einer polnischen Zeitungsmeldung benachrichtigte Korfanty den polnischen Landtag, daß die polnischen Militärbehörden in Posen ein Dokument des deutschen Hauptquartiers erhalten haben, welches alle deutschen Militärkommandos zu sorgfältigen Provokationen und zu Angriffen auf polnische Truppen und Bevölkerung behufs Herbeiführung eines polnisch-deutschen Krieges auffordert. Dem Dokumentinhalt habe er der Welt auf dem Funkenwege Kenntnis gegeben.

Angesichts der zahllosen Beweise, die haben ergehen müssen und noch ergehen, um die durch polnische Herausforderungen geregten Truppen zurückzuhalten, und angesichts der fortdauernden notwendigen persönlichen Einwirkung von Vertretern der Zentralstellen in demselben Sinne auf alle Ostruppen fürwahr eine starke Leistung.

Ein Mordanschlag auf Paderewski.

Oppeln, 14. Mai. Nach einer amtlichen Meldung aus Warschau wurde auf den polnischen Ministerpräsidenten Paderewski in der Nähe der Warschau-Wiener Eisenbahn ein Mordanschlag verübt. Paderewski bog im Automobil in die Jerusalemerstraße ein, als Kühe erlahmten „Fort mit Paderewski!" Am Wagen richtete einen Revolver auf ihn, doch konnte der Anschlag vereitelt werden. Der Attentäter soll Feliz Zalski heißen; er wurde von der Menge befreit. Ein Jude wurde dabei getötet.

Vorschläge der Frauen zum Völkerbund.

Zürich, 14. Mai. (Schweizerische Depeschenagentur.) In der gestrigen Nachmittagssitzung des internationalen Frauenkongresses teilte die Vorsitzende mit, daß die Delegierten zur Hungerblockade in noch etwas verschärfterer Form für die Aufhebung der Blockade und unverzügliche Versorgung der ausgehungerten Gebiete aussprich. Zur Behandlung kamen sodann verschiedene Vorschläge zum Völkerbund.

Frau Gerta-Wien vertritt die Auffassung, daß der Pariser Entwurf vollkommen die Grundzüge der gegenseitigen Hilfeleistung enthalte, aber Lücke. Die Frauen könnten sich auf kein Kompromiß einlassen, sondern müßten eine klare Lösung verlangen. Frau Fuller-New York stellt sich auf amerikanischen Standpunkt und vertritt den Standpunkt, daß der Völkerbund in den Verbandsschäden sich befinden. Wie Frau Thomas-Amerika den Kollektivismus als den Boden abgeschafft hatten, so besteht auch die Möglichkeit, daß England Lloyd George absetzte.

Es wurde schließlich beschlossen praktische Vorschläge zu dem Völkerbundsentwurf nach Paris zu entsenden. Darauf wurden die Verhandlungen auf heute vertagt.

Am Irlands Freiheit.

S. Haag, 14. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) „Daily Telegraph" berichtet aus New York, daß der irische Führer De Valera eine Botschaft an die „New York American" sandte, in der er sagt:

Der Beschluß der irisch-amerikanischen Delegierten hat das Volk, das für seine Freiheit streitet, mit neuer Hoffnung und Mut erfüllt. Es war Präsident Wilsons Politik, die Rechte der Schwachen zu verteidigen, und Irland trachtet nun, sich von der Herrschaft Englands freizumachen. Die Waffen erklärt, daß drei Viertel der Iren eine Republik wollen und daß die Iren bereits Regierungsdepartements gebildet hätten, welche zu arbeiten bereit seien, sobald die Besatzungstruppen zurückgegangen wären.

Petersburgs geplante Internationalisierung.

Eigene Drahtmeldung.

St. Helsingfors, 14. Mai.

Olonetz ist von neuem in die Hände der Bolschewisten gefallen. An der Spitze der weißen Truppen steht der vom Vorsitzende bekannte Freiheitsarmeeführer Oberst Siwo. Die „Prawda" meldet angesichts der durch Kolitschaks Erfolge näher gerückten Gefahr zu dem alten Trotzmittel, daß jeder Angriff der letzte Kampf sei. Die internationale Revolution flamme in allen Ländern auf, in Ungarn habe sie bereits gesiegt. Die westliche Front sei zur Rußland nicht gefährlich. Unter dem Druck der unbarmherzigen Forderungen der Verbündeten und verursacht durch Wilsons versöhnliche Haltung gegen Räterußland beginne die deutsche Bourgeoisie ein Bündnis mit Rußland zu erwägen. Die einzige Gefahr für die Bolschewik drohe von Osten, da in Sibirien die Bevölkerung durch Kolitschak mobilisiert werde, und das industrielle Proletariat schwach vertreten sei. Dort herrschten die verhungerten Bauern, so daß Versuche, im Rücken des Feindes einen Aufruhr hervorzurufen, nicht auf einen schnellen Erfolg rechnen könnten. An die Ostfront müsse daher die Hauptmasse der russischen Truppen geworfen werden, Kolitschak zu besiegen.

Der frühere Hetman Skoropadski ist in Helsingfors eingetroffen. Die Behauptung, daß sein Eintreffen in Zusammenhang mit dem Unternehmen gegen Petersburg stehe, wird dementiert. Skoropadski war seinerzeit Chef eines der in Finnland stehenden russischen Kavallerieregimenter, das sich durch gute Disziplin auszeichnete.

„Hufbundstabsblatt" erklärt, daß die Bevölkerung Petersburgs zusmehr auf 400 000 gesunken sei. Die schnelle Entleerung habe ein Fallen der Lebensmittelpreise auf den Stand vor drei Monaten zur Folge gehabt. Nach dem 1. Juli werde kein einziges Regierungsorgan mehr in Petersburg vorhanden sein. Die Verbindung mit Räterußland werde unterbrochen und die Stadt ihrem Schicksal überlassen. Nach der „Rukkala Shtin" erdenkt man in Bolschewiken die Lokkung, Petersburgs von Räterußland. Man will die alte Hauptstadt in eine internationale Stadt verwandeln. Ein Dekret hierüber sei zu erwarten.

Ein englischer Stützpunkt im Finnischen Meerbusen.

St. Helsingfors, 14. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Der in Abo erscheinende „Underrättelser" bringt unter Vorbehalt folgende Nachricht: Der Friedenskongreß beabsichtigt Finnlands Grenze auf der karelischen Landbrücke näher nach Wiborg zu verlegen. Die dortigen Inseln sollen Rußland, aber bis den Finnischen Werbelen beherrschende Insel Dogland den Engländern zufallen. Als Kompensation für Finnland wird das ostkarelische Gebiet bei Repola genannt. Diese Nachricht erhöht die Besorgnisse der Finnländer über die Gestaltung ihrer Grenzen umsomehr, als es heißt, der Friedenskongreß wolle die Alandsinseln an Schweden geben.

Die Vorgänge in Lettland.

Verschwinden des Ministerpräsidenten.

Libau, 13. Mai.

Ministerpräsident Andreas Needra, der lettische Pfarrer, der am 11. Mai die Neubildung des Kabinetts ebenvonnen hatte, ist 24 Stunden später spurlos verschwunden. Soviel bekannt geworden ist, hat er am Sonntag abend auf Einladung einiger lettischer Offiziere an einer Besprechung teilgenommen, von der auf man ihn verschwiegen haben soll. Etwas bestimmtes ist bisher nicht zu ermitteln gewesen, ebensowenig läßt sich sagen, ob ein Brief Needras, den der Volkrat empfangen haben will und heute veröffentlicht, und in dem Needra sein Amt in die Hände des Volksrates zurückgibt, echt ist oder nicht, ob ergwungen oder freiwillig geschrieben. Sein Ministerium gibt bekannt, daß jetzt die Regierungsgewalt weiter in der Hand des Volksrates sei. Das Gouvernement von Minsterium lowohl, wie vom Volksrat um Schutz gebeten, hat erklärt, daß es das Ministerium Needra als die rechtmäßige Regierung ansehen und demgemäß handeln werde. Auf Befehl des derzeitigen lettischen Kriegsministeriums sind heute sämtliche Libauer Zeitungen wegen des Berichts über die gestrige Volksratssitzung beschlagnahmt und die Redaktionen der Landeswehr belegt worden.

K. Königsberg, 14. Mai. (Eigene Drahtmeldung). Nach einer Privatnachricht aus Libau erklärte der Libauer Volksrat, das Kabinett Needra sei zurückgetreten. Der bisherige Minister des Innern bemerkte, der Rücktritt könne nur erzwungen sein. Die Lage ist noch gespannter geworden

Bodenstedt über die Wiener Revolution 1848.

Der historische Charakter der früheren Revolutionen, ihre geschichtlichen Gründe und Ziele, sind zwar untereinander völlig verschieden, nicht zu vergleichen auch mit der deutschen Revolution von 1918/19. Darüber mag man sich klar sein und dann umso auffallender finden, daß im einzelnen Hergang, im Verhalten der Parteien, der Bevölkerung, des Militärs zu einander doch der einzelne Mensch damals und heute recht ähnliche Beobachtungen macht. Das mögen einige Briefe Bodenstedts, der im Jahr e 1848 als Redakteur einer Zeitschrift des Oesterreichischen Lloyd in Wien tätig war, zeigen. Karl Engelmann hat diese Briefe des Dichters an seine Braut soeben im Malsejt der „Deutschen Rundschau" veröffentlicht.

Wien, 11. Oktober 1848.

„Meine Person ist als solche jetzt nicht mehr gefährdet, sonst wäre ich nicht mit dem Leben davongekommen, als ich diese Nacht mitten unter den Reihen meiner mir verkennenden republikanischen Feinde focht bei dem Angriff Jellachichs auf die Vorstadt Mariahilf. Es ist die Gefahr, welche mir bevorsteht, keine andere mehr als solche, welcher alle Bewohner Wiens ausgesetzt sind, denn jedermann, der irgend einen Säbel oder ein Gewehr handhaben kann muß unter die Waffen treten. Die Gefahr, welche von außen droht, hat die streitenden Parteien im Innern etwas ausgesöhnt und alle haben sich einigermaßen zu gemeinsamen Handeln verbunden. Den Schleier, welcher unsere nächste Zukunft verhüllt, vermag keines Sterblichen Hand zu lüften. Vor dem einen Tore steht Jellachich mit seinen wilden Kroaten und Serben; vor dem andern Tore droht General Auersperg mit einem bunt gemischten Heere von 20 000 Mann. Gerüchte lassen laut, daß Ungarn im Anzuge seien; in der Stadt sind alle Läden und Gewölbe geschlossen; die Straßen sind doppelt, teilweise dreifach verbarrikadiert, vor jeder Barrikade brennt ein flackerndes Wachfeuer, und um das Feuer her sitzen Weiber und Männer, teils gelumpt, teils seltsam bewaffnet und gekleidet, teils mit Lodenmutigen, teils mit rohen wilden Gesichtern. Wer unbewaffnet über die Straße geht, wird insultiert. Von Zeit zu Zeit donnern Kanonenschüsse von den Basteien her als Zeichen der Verständigung mit dem außerhalb lagernden Landsturm. Die Verwirrung ist unbeschreiblich und — die Würfel mögen fallen, wie sie wollen — der armen, schönen Stadt steht eine finstere Zukunft bevor. Wie in der Politik, so auch im Haß und in der Liebe fehlt hier die Klarheit der Erkenntnis; es gibt keine farbenbestimmte Parteien, die grünal-ch wissen, was sie wollen. Das Nachts ist unser Freund am peinlichsten; ein Schlaf in bei dem unaufhörlichen Schießen und Sturmläuten natürlich nicht zu denken; auch würde es dem schlecht ergehen, den man während der Gefahr ruhig im Bett fände.

Heute sind sämtliche Posten ausgeblieben, woraus ich schließe, daß die Tragödie von Wien in den Hauptsachen Deutschlands ein Nachspiel gefunden hat. Sag' Deinen herzlichen Eltern viel Liebes von mir und entschuldige mich, daß ich Deinem Vater noch nicht geschrieben habe; ich bin leider zu jetzt geplagt; des Nachts muß ich Wache stehen und am Tage, den Säbel an der Seite, die Druckbogen korrigieren, denn das Blatt erscheint täglich fort.

Den 5. November.

Das Traurige und Trostlose bei der ganzen Geschichte war, daß man nur keinen der streitenden Teile mit Begeisterung Partei nehmen konnte. Es wurde gelüntzt von oben und von unten; von unten mit Unverstand und wilder Leidenschaft — von oben mit Unverstand und kalter Berechnung.

Alles was man über den vielgepriesenen Heldenmut der Bevölkerung Wiens sagt, ist eitel Torheit. Die Wiener Philister sind noch mehr und nicht minder feige als alle anderen Philister Deutschlands; ein Bataillon regelmäßiges Militär genügt, sie alle auf dem Feld zu schlagen. Die ganze Stadt kommt mir vor wie ein großes Theater, wo mit den Statisten auch die Schauspieler wechseln. Wird Revolution gespielt, so tritt die radikale Partei auf mit ihren Anhängseln von Proletariern und politischen Abenteurern aller Nationen. Die unsägliche Mehrzahl der Komödianten spielt dann bloß die Zuschauer. Diese letztere gründlich selige Partei wagt nur auszutreten unter dem Schutze der Armee. Es ist Tatsache, daß Hunderttausende von Einwohnern in letzter Zeit terrorisiert wurden von ein paar tausend bewaffneten Proletariern. Daß unter solchen Umständen bei der rohen Masse von Heldenmut keine Rede sein kann, wird mir Du begreifen. Die ganze Weltgeschichte hat keine so gigantische Dummheit aufzuweisen, als die Wiener Revolution war. Man zündete überall an und munterte sich dann, daß es brannte. Man stieß das Alte um und wagte und wußte nichts Neues dafür an die Stelle zu setzen. Die Revolution hat keine einzige hervorragende Persönlichkeit keinen einzigen Gedanken erzeugt, welcher dem Geschichtsschreiber als Anhalt dienen könn e. Es war ein Trauerspiel ohne Helden, ein Riesenkind ohne Kopf. Fluch und Wehe dem alten Systeme, das ein solches Hyvitergeschlecht erzeugt hat, unmündig zum Denken wie zum Handeln, im guten und im bösen Sinne! —"

Wir wissen freilich inzwischen aus der geschichtlichen Rückschau, daß auch die Revolution von 1848 keineswegs nur eine Häufung geistloser Putsche in den europäischen Großstädten war, wie es dem beteiligten Zuschauer erscheinen konnte. Rw.

Gäste-Vorlesungen an der Universität Berlin. Von der Universität werden von diesem Semester an Vorlesungen und Uebungsvorträge bervorragender Praktiker und auswärtiger Gelehrter veranstaltet werden, um den Studierenden Gelegenheit zu geben, ihren Gesichtskreis zu erweitern und über praktische und theoretische Probleme von allgemeiner Bedeutung ein eigenes Urteil sich zu bilden.

Die Unternehmung beginnt mit einer zweistündigen Vorlesung des Kanzlers im Auswärtigen Amt, Professor Dr. Kohler, „Das moderne Recht des Islam, insbesondere Rechtszustand und Rechtsprechen in der heutigen Türkei." Prof. Dr. Nord hat 15 Jahre der deutschen Botschaft in Konstantinopel angehört und ist einer der besten Kenner des türkischen Wirtschaftslebens und des türkischen Rechts. Seine Vorträge werden nicht nur für Juristen und Philologen im allgemeinen, sondern namentlich auch für alle diejenigen wichtig sein, welche sich später im Orient praktisch als -erste, Geschäftsleute, Techniker umbetätigen wollen. Die Vorlesung findet Freitag von 6—8 Uhr in der Universität statt und beginnt am 16. Mai. Nach Pfingsten wird in derselben Stunde der Direktor des Weltseminars Professor Paul Hirch drei Gastvorträge über „Kommunalpolitische Probleme" halten und zwar in den Abendstunden von 7—8 Uhr an noch zu bestimmenden Tagen. Weitere Gäste sollen noch für diese Semester in Aussicht

Universität Freiburg. Die badische Volksregierung hat die ordentlichen Professoren Geh. Hofrat Dr. Ludwig Sickeberger (Mathematik) und Geh. Hofrat Dr. Ludwig Neumann (Geographie) auf Ansuchen wegen vorgerückten Alters und wegen Verkleinerung ihrer Amtsbezirken in den dauernden Ruhestand versetzt und zu ordentlichen Honorarprofessoren ernannt.

Naturgeschichte des Engländers. Die für beide Teile schwere und harte Aufgabe des friedensschlusses kann nur dann glücklich gelöst werden, wenn der Geist des gutlichen und sachlichen Ausgleichs in beiden jetzt feindlichen Lagern einzieht. Deutschland wird sich der unumgänglichen Notwendigkeit unterwerfen müssen, den Vorgang gegen England, zu dem es wahrlich jetzt mehr denn je als in den Tagen, in welchen er seinen Anfang nahm, Veranlassung wurde, zu verdienen. Die Tatsache der Wormacht Englands erscheint als eine schwer abänderliche Last, obwohl wie das Bestehen des Donnerkeiles, wie die Schwerkraftgesetzlichkeit des Mondlaufs, wie die Unsterblichkeit der Sonne. Der Engländer ist zu allen Zeiten guter Geselle, ein ausmerksamer Wirt. Er hat eine etwas pedantische, aber liebevoll sorgsame Art des Naturgenusses erfunden, sein Familienleben erzeugt schöne Kinder und flotte schlanke Frauen, und die Freiheit der in England bei der Mehrheit auch der Gebildeten üblichen Unterhaltung hat den Ausnahmefall unter den Engländern bisher niemals gehindert, tiefste Werte der Dichtung zu schaffen und wichtige Pionierarbeiten in den Wissenschaften zu leisten. Für fremde Nationen hat der Engländer ein vorurteilsloses ethnographisches Interesse. Er hat den Parisern seit Jahren niemals in ihre lärmenden und leichten Art der Lebensführung hineingestört; er kam vor dem Kriege, daß gute Musik eigentlich von Deutschen geschrieben und aufgeführt werden müsse, und er hat in Südfrankreich, Spanien und Portugal, wo sich aufgeschnte englische Hotels und Gartenkolonien befinden, niemals die fürchterliche, eine fremde Landschaft verpestenigende Verehrung angrstichtet, die die deutsche Hotelmuffion an einem Teil des Gardasee-Ufers sich zuschulden kommen ließ. Er hat eine Schwäche, die der Schwere zu karieren ist: die Wege des Weltverkehrs zu bereisen und von ihnen in sie drücken, sie äußerlich fast unmerklicher Art seinen Zoll erheben zu wollen. Den, der sich dieser liebenswürdigen Schwäche entgegenstellt, sucht er zu zähmen und vernichtet ihn nötigenfalls mit einem trommen Autrauensvotum ob der wortheuchlerischen Reinwaschgkeit. Es ist doch die Naturgeschichte der Engländers.

Franz Dülberg.

In tiefer Not.

Wo Gott der Herr nicht bei uns hält,
Wenn unser Feinde toben,
Und er unser Sach nicht zufällt
Im Himmel hoch dort oben,
Wo er Israel Schutz nicht ist
Und selber bricht der Feinde List,
So ist's mit uns verloren.

Was Menschenkraft und Witz ansetzt,
Soll uns billig nicht schrecken,
Er sitzet an der höchsten Stätt,
Der wird ihrn Rat aufdecken;
Wenn sies aufs Eusserst greifen an,
So geht doch Gott ein ander Bahn,
Es setzt in seinen Händen.

Sie müten fast und fahren her
Als wollten sie uns fressen,
Zu würgen steht all ihr Begehr,
Gott ist bei ihn vergessen.
Wie Meereswellen einher schlahn,
Nach Leib und Leben sie uns nahn,
Des wird sich Gott erbarmen.

Sie stellen uns wie Ketzern nach,
Zu unserm Blut sie trachten,
Noch rühmen sie sich Christen hoch,
Die Gott allein groß achten:
Ach Gott, der teure Namen dein
Muß ihrer Schand Deckel sein!
Du wirst einmal aufwachen.

Aufperren sie den Rachen weit
Und wöllen uns verschlingen:
Lob und Dank sei Gott allezeit,
Es wird ihn nicht gelingen,
Er wird ihr Strick zerreißen gar,
Und stürzen ihre falsche Lahr,
Sie werden Gott nicht weyren.

Justus Jonas.

Zeitschriftenschau. Das Maiheft von Velhagen und Klasings Monatsheften bringt einen längeren Artikel von Professor Krieger, von der Leyen über die deutsche Presse. Der Verfasser spricht über die Macht, die den Zeitungen gegeben ist, und weist in eindringlichen Worten auf die Notwendigkeit hin, in der deutschen Presse von der schwerlichen Kraft des deutschen Geistes Zeugnis abzulegen. Zu Beginn des Kriegs 400. Todestag schreibt Dr. Georg Gronau. Ewald Gerhard Seeliger veröffentlicht eine Novelle „Die Dreizehnte", Emil Hadina eine Novelle „Politz letzter Frühling". Aus dem Inhalt enthält noch lyrische Beiträge von Friedrich von Münchhausen, Julius Hatzmann, Hans von Zobeltitz und anderen, und zahlreiche Kunstbeilagen.

Der Schlag für den Kommunismus.

Eigene Drahtmeldung.

Dr. Kr. München, 14. Mai.

Die Beruhigung nimmt hier in geradezu typischer Weise zu. Im ein- zelnen ist zu berichten, daß der junge Toller weiter verhaftet noch gefallen, sondern geflüchtet ist. Bezeichnend für die unan- gebrachte Sentimentalität intellektueller Kreise, die in der kommunistisch-bolschewistischen Bewegung wiederholt eine große Rolle gespielt hat, ist, daß der Heidelberger Professor Salz Levins unmittelbar vor dessen Verhaftung als mittellosen Studenten in der Schreckenbergstraße untergebracht hatte. Salz ist inzwischen auch verhaftet worden.

Im ganzen muß der Abschluß der Bewegungen in München dahin beurteilt werden, daß durch sie die bolschewistische Bewegung in Deutschland einen schweren Schlag erlitten hat. Ur- sprünglich hatten die russischen Machthaber, die München als deutsches Zentrum für ihre Bestrebungen aufgezählt hatten, den Münchener Aufstand für den 1. Mai beabsichtigt. Das Hervorrufen des Auf- standes ist trotz Russen dann durch die Münchener Unabhängigen auf der Hand genommen worden und im Sinne liegen, was mit dieser Bewegung bezweckt wurde, ist sie zweifellos zu früh gekommen. Es hat sich bestätigt gezeigt, daß die bayerische Arbeiter- und Bauernbevölkerung im Gegensatz zur Haltung der russischen Revolutionäre wohl Mitläufern der Bewegung gewesen ist, ihr nicht aber wirkliche auf Ueberzeugung gegründeter Gefolg- schaft geleistet hat. Sie ist wohl durch die Verhältnisse des Krieges wie durch die Folgen, die dieser gehabt hat, im höchsten Grade beunruhigt worden, es fehlte ihr aber nicht nur die revolutionäre Ge- sinnung, sondern der allem die revolutionäre Organisation wie sie in Rußland bereits seit Jahren bestanden hat. Daß die Revolution in München anarchischer geworden ist als in Rußland, ist gar kein Zeichen für ihre innere Stärke. Die Anarchie, die in der Bewegung herrschte, spricht lediglich dafür, daß es zu einer organisatorischen Zusammen- fassung im Sinne der Revolution nicht gekommen ist, und daß auch in Bayern der Boden nicht bestellt.

Es ist nicht ausgeschlossen, daß in München nochmals mit Zu- sammenstößen zu rechnen ist. Die Bürgerschaft und ein großer Teil der Arbeiterschaft befürchten das. Aus diesen Kreisen wird der Wunsch geäußert, daß die Regierungstruppen in Bayern wirklich solange bleiben möchten, bis die gesamte Gefahr als beseitigt gelten kann. Die Reichstruppen werden daher wohl vorläufig bis auf weiteres noch in Bayern bleiben, und erst wenn die Gefahr als vollkommen beseitigt gelten kann, zurückgezogen werden.

Levins-Nissens Verhaftung.

M. München, 14. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Der Kommunistenführer Levins-Nissen ist heute vormittag verhaftet worden. Er hatte sich unter dem Namen Ludwig Geisenberger bei dem Kunstmaler Schmidt in München. Schneckenburgerstraße, im vierten Stock versteckt. Durch Abschneiden der Haare und durch andere kleine Mittel hatte er versucht, sich unkenntlich zu machen. Auf Empfehlung des Heidelberger Professors Salz und des Architekten Bimmer aus Bamberg hatte er Unterschlupf bei dem Maler Schmidt erhalten. Levins-Nissen wollte morgen im Auto München verlassen und versuchte, sich falsche Ausweise zu beschaffen. Er beauftragte dazu Leute, denen er große Summen versprach.

Ein Offizier, der von der Sache Kenntnis bekommen hatte, hatte angeordnet, daß die für Levins-Nissen bestimmten falschen Papiere an Handlanger und Kuriere abgegeben würden. Dieser Offizier, Leutnant Franz, verfolgte dann den Abnehmer bis zur Woh- nung Levins-Nissens. Dort traf er mit Soldaten ein, verlangte Ein- laß, der ihm zunächst nicht gewährt werden sollte und bekam schließlich das Versteck Levins-Nissens heraus. Levins-Nissen leugnete noch auf der Polizeidirektion, wohin er geführt wurde, daß er der Gesuchte sei. Schließlich wurde er aber vor einen Polizeibeamten geführt der früher persönlich mit ihm zu tun hatte und der ihn sofort erkannte. Da half es nichts mehr half. Er gestand endlich ein, Levins-Nissen zu sein. Er machte einen außerordentlich verstörten Eindruck da er über das Schick- sal, das ihn erwartet nicht im unklaren zu sein scheint.

Den Aufenthaltsort Dr. Levins und Tollers behauptet er nicht zu kennen. Die führenden Persönlichkeiten der Räteregierung hatten, darüber hat man an amtlichen Stellen jetzt direkte Angaben erhalten, die Absicht mit Flugzeugen München zu verlassen. Das Flugwetter war aber derart schlecht, daß sich die Führer wiederholt auf- stiegen. Uebrigens wurden alle Personen, die Levins-Nissen zu dem Unterschlupf verhalfen oder ihn verborgen hielten, verhaftet.

Der einmütige Bekenntnissturm.

Weiter sind ungezählte Telegramme beim Reichspräsidenten eingelaufen, die sich gegen den unannehmbaren Gewaltfrieden wenden. Neben den vielen Telegrammen aus den Gebieten von Polen und Brom- berg fordern auch die Bewohner der in Westpreußen längs der Weichsel liegenden Kreise den Reichspräsidenten auf, für die Erhaltung dieser Landesteile beim deutschen Reichsgebiete einzutreten. Die Kundgebungen aus den Kreisen, Culm, Briesen, Strasburg und Löbau bringen zum Ausdruck, was auch die Handelskammer in Thorn hervorhob, daß durch die Eingliederung dieser Kreise am Polen ihre wirtschaftliche Ver- nichtung sich ergibt, und daß für Polens Zugang zum Meere ein anderer Weg gefunden werden könnte, als der, den die Friedensbedingungen vorsehen. Nicht minder zahlreich sind die Telegramme aus Ostpreußen. Kundgebungen liegen u. a. vor aus Insterburg, Soldau, Braunsberg, Gerdauen, Stallupönen, Tilsit und Ragnit. Der Kreisausschuß des Kreises Ortelsburg weist darauf hin, daß bei den Wahlen zum Kreisausschusse polnische Kandidaten überhaupt nicht aufge- stellt waren. Die Mitglieder der Ortsgruppe Soldau des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten und der ehemaligen Kriegsteilnehmer protestieren gegen den Schmachfrieden und erklären, daß sie auf keinen Fall Polen werden wollen. Ein- mütig sind auch die Protestkundgebungen der gesamten christlichen Bevölkerung. Im besonderen liegen Protest- telegramme vor aus den Kreisen Neidenburg, Leobschütz und Neu- stadt, sowie aus den Orten Hirschberg, Kreuzburg, der Stadt Gustav Freytags, Köben a. Oder und Ziegenhals. Die Land- wirtschaftskammer für die Provinz Schlesien erklärt, daß die Abgabe der landwirtschaftlich hochentwickelten, reindeutschen schlesischen Landstriche an der Grenze von Polen das Wirt- schaftsleben der Provinz völlig zugrunde richten würde. In ähnlichem Sinne äußert sich auch die Handelskammer, sowie die Handwerkskammer in Breslau.

Westpreußen gegen die angesonnene Unterdrückung.

Graudenz, 14. Mai. 15 000 Angehörige der Graudenzer Zivil- und Militärbevölkerung veranstalteten eine Kundgebung gegen den Gewaltfrieden, als Bekenntnis zum Deutschtum unter Bedrohung deutschen Volkestatus. An die Reichsregierung ging folgendes Tele- gramm ab: „Die gesamte deutsche Bevölkerung der Stadt Graudenz lehnt die letzigen Friedensbedingungen ab und verlangt einen Frieden auf Grund der 14 Wilsonschen Punkte, einen Frieden der Selbst- bestimmung und des Rechtes. Wir erwarten mit Bestimmtheit, daß die Regierung unter keinen Umständen die deutsche Ostmark preisgibt."

Thorn, 14. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Ungeheure Tausenden aller Bevölkerungsschichten fanden heute nachmittag zu einer Massenkundgebung gegen den Gewaltfrieden und Loslösung der Ordensstadt Thorn und Westpreußens auf dem Allen Markt um das ehrwürdige Rathaus sich ein. Nach Glockengeläute von allen Kirchtürmen und gemeinsamem Gesängen wurden gleichzeitig an vier Ecken des Rathauses Protestansprachen gehalten und dann Protest- telegramme abgesandt. In feierlichen Zügen ging es zu den Kirchen, wo Bittgottesdienste abgehalten wurden. Die polnische Bevölkerung verhielt sich passiv.

Konitz 14. Mai. In der gestrigen Stadtverordneten- sitzung wurde einstimmig die Absendung folgenden Tele- gramms an die Reichsregierung beschlossen:

Magistrat, Stadtverordnete und alle politischen Parteien von Konitz erheben feierlichst Einspruch gegen die Schmach der Abtren- nungen. Wir verlangen von der Reichsregierung zum tatkräftigen Schutze der Ostmark die entschiedensten Maßnahmen. Die Stadt Konitz und die ihr vorgelagerte Gegend sind rein deutsch und wollen deutsch bleiben wie in den Tagen des Glückes des Vaterlandes, so auch in den Tagen der Not.

Gleichzeitig wurde eine Kommission, der außer Mit- gliedern der Stadtverordnetenversammlung Dr. Corens und Apothekenbesitzer Schulz angehören, gebildet, die nach Berlin reisen sollen, um dem Protest bei der Reichsregierung nach- drücklichst Ausdruck zu verleihen.

Stettin unterstützt Danzig und Königsberg.

W. Stettin, 13. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Heute fanden in Stettin große Protestversammlungen gegen die Friedensbedingungen statt. Der Hansabund veranstaltete seine Teilnehmer in und vor dem Börsengebäude. In dieser Versamm- lung fand eine Entschließung, die an die Reichsregierung und die deutsche Nationalversammlung gesandt wurde, in der gegen die Er- drosselung des deutschen Volkes protestiert wird, Annahme. Weiter wurden Telegramme an die Städte Danzig und Königsberg gesandt, in denen den Bewohnern dieser deutschen Städte Unterstützung zugesagt wird. Gleichzeitig wurde an den Landrat von Lauen- burg ein ähnliches Telegramm gesandt. In den Versammlungen der Mehrheitssozialisten wurde ebenfalls die Entschließung ein- mütig angenommen.

Die Empörung Württembergs.

W. Stuttgart, 14. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Auf Veranlassung des württembergischen Staats- ministeriums fanden heute abend sieben große Massen- versammlungen statt, in denen Abgeordnete verschie- dener Parteien über den Ostmarkfrieden der Entente sprachen. Als Zeichen des Protestes wurde folgende Entschließung ange- nommen:

Das deutsche Volk hat im Vertrauen auf die vom Präsidenten Wilson verkündeten 14 Punkte für einen Frieden der Gerechtigkeit und des Selbstbestimmungsrechtes alles Aeußerste sich zum Frieden und zu Opfern aufgerafft, das die schwersten Waffenstillstandsbedingungen angenommen und unter großen Entbehrungen durchgeführt. Die sieg- reichen Feinde haben unter Mißachtung der Grundsätze, für die sie sich ebenso wie wir gewehrt haben, nun auch das deutsche Volk einem Friedensdiktat vorgelegt, das in fast allen Punkten die Vergewal- tigung und Knebelung Deutschlands in politischer und wirt- schaftlicher Beziehung für alle Zeiten befestigt. Nicht der erlebten Wirklichkeit, sondern den Volkerbunds- und Wirtschaftsfrieden nicht Wiedergutmachung, sondern Vergewaltigung und nicht Kultur und Arbeitsgemeinschaft, sondern Versklavung der Entente kapitalisten und Imperialisten auf Kosten des be- siegten Deutschlands soll der Welt bescheren sein.

Das württembergische Volk erhebt zusammen mit den deutschen Stammesbrüdern in allen Teilen des Reiches flammenden Protest gegen den Versuch, deutsche Landsleute und Städte vom Reiche loszureißen. Protest gegen die Absicht, uns wirtschaftlich derart zu Grunde zu richten, daß Millionen unserer Volksgenossen entweder den Hungertod erleiden oder auswandern müssen. Das Selbstbestimmungsrecht, das die Entente den Russen und kleinen Völkern nicht vorenthält, erbeten wir auch für das deutsche Volk. Wenn es nicht mehr zu dem von Wilson gefordierten Frieden ohne Sieger und Besiegte kommen kann, so dürfen Völkerbund und Welt- frieden doch nicht unter Ausschluß und Vergewaltigung Deutschlands errichtet werden. Das württembergische Volk mit der aus ihm hervorgegangenen Regierung an der Spitze steht ein- mütig hinter der Reichsregierung, wenn diese die Unterzeichnung des uns zugemuteten Gewalt- und Macht- friedens ablehnt. Es erhofft, daß bei den Machthabern unserer Feinde doch noch in letzter Stunde Rechts- und Menschlichkeitsgefühl sich regen und daß sie dem deutschen Volke seine Existenz- und Arbeitsnotwendigkeit auf der Grundlage der 14 Punkte Wilsons an- erkennen werden.

M. München, 14. Mai. (Eigene Drahtmel- dung.) Der Aeltestenrat des bayerischen Landtags wendet sich in einem Aufruf gegen die Gewaltsätze des Friedens an das deutsche Volk. Er legt darin kräftige Verwahrung gegen das un- geheure Unrecht der Friedensbedingungen ein. Im ein- zelnen ruft der Aufruf aus, die größten Vergewaltigungen, die Slawerei ohne Ende, Not und Entbehrung des Krieges wilden verewigt. Sein Aufruf schließt mit folgenden Worten:

„Der Protest Frankreichs vor fünf Jahrzehnten hat die Geschichte Frankreichs fünf ein halbes Jahrhundert bedeutet. Unser Ver- zweiflungsruf gegen das drohende Unrecht ohnegleichen, ohne Beispiel in der Weltgeschichte, wird das Schicksal der Völker für noch Jahr- hunderte bestimmen. Wir warnen das Schicksal nimmt, strickt der Völker, das feierlich zugesagt, ist sträflich verletzt wird. Nieder mit dem schmachvollen Friedensvertrag, der Quelle ständigen Unheils! Nieder mit den Feinden des Rechts! Unterschrieben haben sämtliche Fraktionen, auch die Unabhängigen.

Darmstadt, 14. Mai. Mittags 2 Uhr landen auf den drei größten Plätzen Darmstadts Massenkundgebungen der Bürger, Studenten und Arbeiterschaft statt. Es wurden Ansprachen gehalten und Entschließungen gegen den Gewaltfrieden und für einen Rechtsfrieden nach den 14 Punkten Wilsons an- genommen. Nach den Ansprachen wurden Umzüge gebildet, die sich schließlich auf dem Platze vor dem Schloß vereinigten. Um 2 Uhr läuteten sämtliche Glocken der Stadt. Sämtliche Betriebe und Geschäfte waren von 1 bis 3 Uhr geschlossen.

A. Hamburg, 14. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Sämtliche bürgerlichen Parteien sowie die Mehrheits- sozialisten, veranstalteten heute nachmittag Massenkundgebungen gegen den Gewaltfrieden. In der Riesenversammlung des großen Arbeiterrates von Hamburg erklärte der Vorsitzende, daß der ganze bekannte Arbeiterrat unter keinen Umständen diesen Frieden anerkenne und ein solcher Vertrag nicht unterzeichnet werden könne. Die deutsch-demokratische Partei wird den Senat dringlich um Auf- kunft ersuchen, welche Maßnahmen er gegen die Internatio- nalisierung der Elbe durch den Friedensvertrag zu ergreifen gedenke.

Die deutschnationale Volkspartei für Sicherung der Ernährung.

Die deutschnationale Fraktion in der Preußischen Landesversammlung hat folgenden Antrag, den wir im Auszug wieder- geben, an die Landwirtschaftliche Bevölkerung beschlossen:

Das deutsche Volk ist vor eine Entscheidung gestellt, wie bisher noch kein Volk in der Weltgeschichte. Schweres sollen wir werden, Fronarbeit soll unsere Zukunft sein.

Das darf nicht sein. So wollen wir nicht enden.

Dieser Feinden würde uns nicht Erleichterung unserer Ernährung bringen. Nur wenige Monate trennen uns von der neuen Ernte. Wir können für diese Zeit die Ernährung selbst sichern. Wir können also diesen Frieden ablehnen. Wir richten deshalb an alle Kreise der Landwirtschaft die dringende Bitte: 1) Schränkt Euren eigenen Lebensbedarf noch mehr, als bisher schon geschehen ist, aufs Aeußerste ein. 2) Gebt alle freiwerdenden Lebensmittel zu mäßigen Preisen an die Gemeinde ab. 3) Beteiligt Eure Aecker restlos und so gut wie möglich. 4) Wirkt mit den Organen der Regierung, den Reichs- und Staatsbehörden erwarten wir, daß sie durch weitestes Entgegen- kommen, von den Arbeitern in Stadt und Land, daß sie durch Mit- arbeit für das gemeinsame Ziel die vaterländischen Bestrebungen der Landwirtschaft unterstützen werden.

*

Das Kolonial-Wirtschaftliche Komitee hat an den Reichs- präsidenten Ebert, den Präsidenten des Reichsministeriums Scheidemann, den Kolonialminister Dr. Bell und an den Vorsitzenden der Friedenskommission Grafen Bernstorff folgende Entschließung gerichtet:

Das Kolonial-Wirtschaftliche Komitee, zugleich im Namen der ihm angeschlossenen 1100 Handelskammern, Städte, Ministerien, wissenschaftlichen, kaufmännischen, industriellen und kolonia- len Institute, Körperschaften und Firmen, legt feierlich Verwahrung ein gegen den von der Entente beabsichtigten Raub unserer Kolonien und gegen die Vernichtung der gesamten deutschen Wirtschaftsarbeit im Ausland wie in den deutschen Kolonien. Die übermächten Bedingungen sind ein schnöder Bruch eines feier- lich eingegangenen Vertrags. Sie werden mit der Zertrümmerung der deutschen Volkswirtschaft der Welt nicht den Frieden, sondern neue Verwirrung des Krieges bringen. Dieser Gewaltfrieden muß ab- gelehnt werden.

Die deutschnationalen Stadtverordneten und Gemeinde- vorsteher Groß Berlins haben sich zusammengeschlossen, um gemeinsam die großen Fragen der Zukunft zu beraten. Sie bei der Sitzung, die im Berliner Rathaus stattfand, wurde Protest gegen den Gewaltfrieden erhoben, von der Regierung die Ablehnung der feindlichen Friedensbedingungen gefordert und die Hoffnung auf ein festes Zusammenstehen aller Parteien ausgesprochen.

Die sozialdemokratischen Parteien und der Frieden.

Fraktionssitzung der Arbeiterräte und Soldatenräte der S. P. D.

Im Herrenhause traten am gestrigen Mittwoch nachmittag die auf dem Boden der Mehrheitssozialdemo- kratie stehenden Soldaten- und Arbeiterräte zu- sammen, um Stellung zu einer Einigung der beiden sozialistischen Parteien zu nehmen. Auf Einladung des Vorsitzenden Haase waren Eduard Bernstein und Strobel erschienen.

Kautsky behauptete schriftlich, daß er verhindert sei, selbst zu erscheinen, prägnante Worte seinem Standpunkt in der Einigungsfrage jedoch dahin, daß eine Einigung nur möglich sei, wenn ein Ausgleich zwischen den Extremen in beiden Parteien geschaffen werde. Es müsse die Auf- gabe der Parteien sein, die im Zentrum stehenden Massen zu ver- einigen. Leichter werde dies zu erreichen sei dem linken Flügel der Mehrheitssozialisten und dem rechten Flügel der Unabhängigen sein. Rechtsanwalt Dr. Joelsohn bezeichnete das Milieu, in dem diese Zweckmäßigkeit, keineswegs als eine Lebensfrage. Das Bürgertum werde restlos beseitigt, wenn die sozialistischen Parteien einig seien. Angesichts der drohenden Gefahren, welche der Frieden herauf- beschwören soll, sei die Einigung der sozialistischen Parteien die bitterste Notwendigkeit.

Hierauf sprach Eduard Bernstein. Er begeisterte es als eine Torheit, daß die Unabhängigen aus dem Kabinett ausgetreten und so die Spaltung im Proletariat hervorgerufen haben. Dadurch sein die Mehrheitssozialisten ebenso in Abhängigkeit vom Bürgertum und Militarismus geraten wie die Unabhängigen in die Knechtschaft der Kommunisten. Es sei ein Wahnsinn, wenn man vor der deutschen Republik verlange, daß sie schon jetzt eine rein sozialistische Republik sein solle, anstatt eine Republik mit sozialistischen Tendenzen. Der Redner schilderte dann ausführlich die furchtbaren Gefahren, die wirt- schaftlich drohen, die der Frieden bringe, der Millionen Menschen protlos machte, und der vielleicht Aufstände erzeugen könne, gegen welche auch die Roste-Truppen hilflos sein würden. Da dürfte es der sofortigen Einigung beider Parteien auch wenn die Führer gegen sie müßten. Bernstein schloß seine Ausführungen mit der Mahnung, jeden Parteihader zu vermeiden und angesichts der furchtbaren Lastaden zu einer Einigung zu gelangen. Zum Schluß der Verhandlungen, die in guter Stunde abgebrochen wurden, wurde beschlossen, in der nächsten Sitzung Stellung zu dem Friedensvertrag zu nehmen. Hierzu liegt eine Erklärung vor, in der es heißt:

„Die Arbeiterschaft, als der Hauptbestandteil des deutschen Volkes würde weder die Hauptlast des neuen Krieges zu tragen haben. Der Wille des deutschen Proletariats verlangt den Frieden und deshalb auch von der sozialistischen Regierung die Unterzeichnung des Friedensvertrages. Diese Unterzeichnung ist kein Ver- zicht auf die Rechtsansprüche des deutschen Volkes, die der von der Entente diktierte Gewaltfriede durch Abtrennung rein deutschen Ge- biets durch Aufsperrung des Auslandes und durch ungeheure andere Gewaltbestimmungen des Friedensvertrages in gemeinster Weise ver- letzt. Die deutsche Arbeiterschaft ruft aber dem internationalen Proletariat zu, die Fesseln zu zerbrechen, die durch diesen Frieden gegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker dem Sozialismus geschmiedet werden sollen."

*

Demokratische Versammlungen gegen den feindlichen Vernichtungswillen. In acht überfüllten Versammlungen kam es am Mittwoch abend zu machtvollen Kundgebungen der Deutsch- demokratischen Partei in Berlin. Nach Ansprachen der Abgg. Cassel, Koch, D. Naumann, Gothein, Hartmann, Haußmann, Erkelenz, Dr. Gertrud Bäumer, Dr. Marie Baum, Dr. Margarete Heine, Wuttisch, Janson, Semmer und Frau Regina Deutsch wurden ein- mütig Entschließungen angenommen, die sich mit aller Schärfe gegen den Gewalt- und Hungerfrieden richteten. Gleichzeitig sprachen in einer Versammlung der demokratischen Jugend Berlins die Abgg. Prof. Hermann-Posen und Prof. Schulze-Gaevernitz (Baden), sowie einige Hungdemokraten zur „Vernichtung des Deutschen Reiches" und der Versklavung des deutschen Volkes" mit großem Temperament und Erfolg. Einstimmig schuf die Jugend in Form einer Resolution ab. Mit allem Nachdruck wurde in allen Versammlungen betont, daß Deutschland in der schamlosesten Weise bedroht worden sei, daß man heute nicht das geringste Vertrauen in irgend eine Zusicherung der Entente mehr habe, daß man den Vernichtungswillen der Feinde mit tiefstem Ernst erkannt habe, daß man den Verschleppungsabsichten, die sich offenbarten, mit aller Kraft daran durchkreuzen müsse, daß ein Ver- ständigungsfrieden, der den Ententevölkern abgeschlossen wird, sie erst den Friedensvertrag in der vorliegenden Form für unannehmbar. Die Stadtverordnetenversammlung stellt nur lediglich der großen vor- liegenden Arbeitskundgebungen dar. Auch die heutige Versammlung als Protestkundgebung ab." (lebhafte Zustimmung.)

Bürgermeister Peters erklärte namens des Magistrats, daß dieser sich dem Stadtverordnetenvorsteher vorgelegenen Protest anschließe. Die Versammlung nahm darauf mit Zustimmung der An- gehörigen die Entschließung an und beauftragte den Magistrat, sie zur Kenntnis der zuständigen Stellen zu bringen.

Reich und Bundesstaaten.

Die Justandsetzung des Reichstagsgebäudes.

Wie von der Verwaltung des Reichstagsgebäudes mit- geteilt wird, ist nicht daran zu denken, daß die National- versammlung dort ihre Sitzungen in absehbarer Zeit wird aufnehmen können. Erst für Ende Juni ist nach Aufhebung der Quarantäne, der Beginn der Justandsetzungsarbeiten in Aussicht genommen. Der ganze Umfang der Herstellungen voraussichtlich nicht vor Anfang Herbst beende- ten werden. Eine Verlegung der Nationalversammlung in das Herrenhaus kommt deshalb nicht in Betracht weil hier nur 300 Plätze vorhanden und die übrigen Nebenräume durch Behörden belegt worden sind.

Ein weiterer parlamentarischer Unterstaatssekretär.

Wie die „Germania" erfährt, hat das preußische Staats- ministerium, nachdem für die demokratische und sozialde- mokratische Fraktion dahin ausgesprochen hatten, seine grundsätzliche Zustimmung dazu zu geben, daß das Zentrum einen parlamen- tarischen Unterstaatssekretär für das Ministerium des Innern stellt. Ueber den Abgeordneten, der dazu ernannt werden wird, sieht, so verschiedene das Blatt, noch nichts fest.

Damit wird das Ministerium des Innern in Zukunft über drei Unterstaatssekretäre verfügen.

Die Kommission für den Hohenzollernbesitz.

Zum Vorsitzenden der Kommission, die sich mit der Verwaltung und Feststellung des privaten Eigentums des früheren Kaiser- hauses befaßt, ist der Justizrat Kräger vom preußischen Justiz- ministerium ernannt worden. In die Kommission haben das Kultus- ministerium, das Ministerium für Landwirtschaft und das preußische Finanzministerium, einige andere Behörden sowie das Königliche Hausministerium, das vorläufig noch weiter amtiert, je einen Ver- treter entsandt. Als Beigeordneter und Sachverständiger für die staatsrechtlichen Fragen zugleich der bekannte Rechtslehrer Professor Fleischmann-Königsberg.

Allgemeine Arbeitsaufnahme in Leipzig.

K. Leipzig, 14. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Die vergangene Nacht ist wieder ruhig verlaufen. Der Streik in den einzelnen Betrieben hat an Umfang nicht zugenommen, wohl aber ist von den einzelnen Arbeiterausschüssen beschlossen worden, am Donnerstag in allen Betrieben die Tätigkeit wieder aufzu- nehmen. Die Arbeiter der städtischen Gaswerke sind schon heute vollständig zur Arbeit wieder erschienen. Auf den Eisenbahn- werkstätten war beschlossen worden, in den sofortigen Streik einzutreten. Trotzdem ist nach einer Stunde bereits die Nachtschicht fast vollständig erschienen. Das Truppenoberkommando erläßt einen Befehl an die Bevölkerung zur Abgabe von Waffen und Munition aus Heeresbeständen bis Donnerstag abend bei Androhung schwerer Strafe. Die Polizeistunde ist heut auf 10½ Uhr ver- längert worden.

Das von General Maercker für Leipzig eingesetzte Stand- gericht ist heute zum ersten Male in Tätigkeit getreten und hat über 4 Personen, darunter eine Frau, wegen Gehorsamsverweigerung und Be- leidigung der Truppen bis zu je 2 Monaten Gefängnisstrafe ver- hängt. Ein von einer Patrouille verhafteter Lebensmittelschieber aus Halle ist bei einem Fluchtversuch unglücklicherweise getötet worden, was seinen Tod zur Folge gehabt hat. Der „Leipziger Volksztg." ist von morgen ab seitens des Truppenoberkommandos das Wiederer- scheinen gestattet worden, jedoch steht der Inhalt bis auf weiteres unter Vorzensur.

Massenentlassungen sächsischer Betriebe.

S. Dresden, 14. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Es haben bis jetzt bereits 107 sächsische Firmen bei der Regierung gemeldet, daß sie ihre Betriebe schließen wollen. Der größte Teil davon entfällt auf den Chemnitzer Bezirk.

Ausschreitungen in Stettin.

W. Stettin, 14. Mai. (Eigene Drahtmeldung) Wäh- rend gestern abend der Hansabund seine Anhänger zu Protestkund- gebungen versammelt hatte und die Straßen infolgedessen ziemlich menschenleer waren, kam es am Heilsbarkenboll wieder einmal zu bedauerlichen Ausschreitungen und Plünderungen. Von der Menge wurden die am Heilsbarkenboll lagernden Fässer mit Heringen, die von den Bremer Dampfern „Najade" und „Diana" am selben Tage erst gelöscht worden waren, gerollt. Da Schutzleute gegen die Menge machtlos blieben mußte auch Militär herbeigeholt werden. Es ging gewaltsam mit der Polizei mit blanker Waffe vor. Zehn Personen wurden mehr oder minder schwer verletzt, darunter ein Schutzmann. Auch einige Zigarrenläden am Bollwerk wurden ausgeplündert. Erst um 11 Uhr abends war die Ruhe wieder hergestellt. Wie bisher festgestellt werden konnte, fehlen 69 Fässer Heringe à 3 Zentner. Der Schaden trifft das Reichsernährungsamt.

Heute abend wurden neue Ausschreitungen und Plünderungen ver- übt. Wieder drang die Menge gegen den Seilbahnbollwerk vor und erbrach 90 Heringsfässer. Als der militärische Posten das Maschinen- gewehr schußfertig machte, wurde er von der Menge ergriffen und schwer mißhandelt, das Maschinengewehr in die Oder geworfen. Als dann Verstärkungen hinzukamen, wich die Menge zurück. Es wurden einige Schüsse abgegeben und die Polizei ging mit blanker Waffe gegen die Menge vor. Mehrere Personen, darunter auch Frauen und Kinder, wurden verwundet. Militär sperrte das Bollwerk ab. Es war von einer großen Menge umlagert und es scheint im Laufe der Nacht zu weiteren Ausschreitungen kommen zu wollen.

W. Stettin, 13. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Wie berichtet, wurde in der letzten Beirksversammlung des Arbeiter- rates eine Resolution nach Berlin gesandt, um bei der Regierung wegen Aufhebung der provisorischen Zeitfreiwilligen- wehr, für die hier rege Werbetätigkeit entfaltet wird, vorstellig zu werden. Es wurde in der gestrigen Sitzung mitgeteilt, daß die Delegierten ihren Zweck erreicht habe, indem von Reichswehrminister die Bildung einer Zeitfreiwilligenwehr verboten worden ist.

Keine Duldung polnischen Hochverrats.

Kattowitz, 14. Mai. Die Pressestelle des Staats- kommissariats für Oberschlesien schreibt: Die ein- mütige Geschlossenheit der oberschlesischen Bevölkerung ist den pointi- schen Führern auf der Nerven gefallen. Auftrag Capla in Beuthen betreibete ein Flugblatt, das bezweckt, 1) daß letzteres der deutschen Regierung eine Maßenverhaftung polnischer Führer geplant sei, 2) daß als Protest gegen diese Massenverhaftung der Generalstreik droht und 3) daß Deutschland unverrichtlich alle Lebensmittelzufuhr aus Oberschlesien zurückstehe. Seit und des Staatskommissariats für Oberschlesien wird erklärt, daß alle diese Behauptungen glatt er- funden sind. Besonders ist hervorgehoben, daß kein Mensch die Last wird und verhaftet worden ist, lediglich deswegen, weil er Führer der polnischen Bevölkerung sei. Diese selbstverständliche Er- klärung der deutschen Regierung aber ist kein Freibrief für glatten Hochverrat. Deutsche Oberschlesien wird beachtet, und solange es deutsch ist, wird polnische Hochverräterei nicht geduldet.

Aus Groß Berlin.

Warnung vor Ausschreitungen.

Der Polizeipräsident erläßt folgenden Aufruf an die Ber- liner Bevölkerung:

Durch ganz Deutschland geht eine furchtbare Erregung über die grobende Vergewaltigung der deutschen Republik; sie hat auch Berlin mächtig ergriffen. In Massenversammlungen usw. ruft sich die Be- völkerung selbst zu entschlossenem Widerstand gegen unerträgliche und entehrende Zumutungen auf, suchen sie Ohr und Herz der fremden Völker zu erreichen, die, von ihren Machthabern irregeführt, in der Knechtung und Verelendung des deutschen Volkes begriffen sind, ihr eigenes Glück suchen. Diese gewaltige Bewegung darf nicht durch Aus- schreitungen und Gewalttätigkeiten beschmutzt und von ihren eigent- lichen Zielen abgelenkt werden. Dunkle Elemente fordern zu einer Hetze gegen die in Berlin weilenden Ausländer auf. Diese Aus- länder sind aber für die Politik ihrer Regierungen nicht verantwortlich. Kein einziger hat das Recht, sie zur Rechenschaft zu ziehen. Sie stehen auf deutschem Boden unter dem Schutz der deutschen Gesetze und der deutschen Behörden. Nicht minder wird und muß ihnen der gesunde Sinn der Berliner Bevölkerung zum Schutze dienen. Wir kämpfen gegen die ruchlose Politik des Imperialismus, nicht gegen einzelne Menschen, die auch unschuldig sind. Wer Rassenhetze treibt, begeht ein Unrecht und versündigt sich an den Interessen des eigenen Volkes aufs schwerste. Ich bin entschlossen, allen Ausschreitungen dieser Art sowie der Aufforderung dazu, mit äußerster Schärfe entgegenzutreten, vertraue aber darauf, daß Einsicht und Rechtsgefühl der Bevölkerung es unnötig machen werden, dieser Mahnung weitere Schritte folgen zu lassen.

Arbeiterwiedereinstellungen in die Heeresverwaltungen. Nach einer Besprechung, die der Demobilmachungskommissar vom Spandau gemeinsam mit dem Arbeiterrat veröffentlicht, werden in die Heeresverwaltungen weiter eingestellt: Alle Arbeiter, die am Beginn des Krieges bereits in der Heeresverwaltung tätig waren, dann alle Arbeiterinnen, die die einzigen Ernährer ihrer Familie sind, ferner Kriegs- beschädigte, die weniger als 50% erwerbsfähig sind. Diese neuen Arbeiter, die arbeitslos werden und nicht in die drei Klassen passen, werden aufgefordert, sich in Listen einzutragen.

Letzte Meldungen.

P. Wien, 14. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Die polnische Korrespondenz berichtet aus Krakau: Der „Goz" be- öffentlicht eine Meldung, nach welcher sich Polen an der Be- zahlung der Staatsschulden Deutschlands und Oesterreich-Ungarns im Verhältnis zu den an Polen abgetretenen Gebiete beteiligen solle. Polen wird Besitzer der deutschen Staatsgüter und der Privatvermögens des Kaisers und seiner Familie in jenen Gebieten.

P. Wien, 14. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Aus Belgrad wird berichtet: Wegen der Fortsetzung der Mobil- machung kam es in Belgrad zu blutigen Straßenkämpfen. Viele Verhaftungen und Haussuchungen wurden vorgenommen und über die Stadt der Belagerungszustand verhängt.

Amsterdam, 14. Mai. Wie das „Algemeine Handelsblad" aus London meldet, haben sich die Staaten in die sich die frühere öster- reich-ungarische Monarchie auflöst hat, und die jetzt zu den Alliierten gehören, bereits geeinigt, ihren Anteil an den Kriegs- schulden der früheren österreichisch-ungarischen Monarchie zu übernehmen. Wie verlautet, soll der Friedensvertrag mit Oesterreich, der jetzt fertiggestellt sein soll, auch die Bestimmung enthalten, daß diese Staaten ebenfalls ihren Anteil an der Schadenvergütung, die man von Oesterreich-Ungarn für den von den Heeren der Monarchie in Italien, Serbien und Rumänien angerichteten Schaden fordern wird, übernehmen müssen. Dies hat unter den jungen Staaten, die der Ansicht sind, daß sie für den Krieg nicht verantwortlich gemacht werden können, große Besorgnis erregt. Es heißt, daß die Schulden die die Monarchie für die Führung des Krieges gemacht hat, von Deutschösterreich und Ungarn allein über- nommen werden müssen.

Verantwortlicher Redakteur: Fritz Kreuzer, Berlin.
Für den Anzeigenteil und „Geschäftliche Mitteilungen" verantwortlich: Herm. Joachim Schumacher, Berlin.
Druck und Verlag der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW. 68, Wilhelmstraße 32.

Theater für Donnerstag
den 15. Mai 1919.

Opernhaus.
Unter den Linden.
121. Abonnem. Spezialkurse. **Der Evangelimann.** Musikalisches Schauspiel in zwei Aufzügen, nach einer wahren Begebenheit von Wilhelm Kienzl. Anfang 7 Uhr. — Freitag, 122. Abonnements-Vorstellung. Der Freischütz. Anfang 7 Uhr.

Schauspielhaus.
Am Gendarmenmarkt.
184. Abonnem. Vorstellung. **Coriolan.** Historisches Drama in 5 Aufzügen frei nach Shakespeare von William Shakespeare. Anfang 7 Uhr. — Freitag 185. Abonnements-Vorstellung. **Wilhelm Tell.** Anfang 7 Uhr.

Central-Theater.
Kommandantenstr. 57.
7½ Uhr: **Die Schönste von Allen**

Deutsches Opernhaus.
7 Uhr: **Martha.**

Friedr. Wilhelmst. Th.
7½ Uhr: **Das Dorf ohne Glocke.**

Kleines Theater.
7½ Uhr: **Liebelei.**

Komische Oper.
7½ Uhr: **Schwarzwaldmädel**

Lustspielhaus.
7½ Uhr: **Die spanische Fliege**

Metropol-Theater.
7½ Uhr: **Die Faschingsfee**
Sig. 8 Uhr: **Wiener Blut**

Neues Operettenhaus.
7½ Uhr: **Die keusche Susanne.**

Palast-Theater.
7 Uhr: **Die im Schatten leben.**

Schiller-Theater Charl.
7½ Uhr: **Sappho.**

Tauen-Theater.
7½ Uhr: **Mein Leopold.**

Th. am Nollendorfplatz.
8½ U.: **Jungfrau v. Orleans.**
7 Uhr: **Wo die Lerche singt.**

Theater des Westens.
Sonntag 3 Uhr: **Rigoletto.**
8 Uhr: **Wo die Liebe hinaht.**

Theat. d. Friedrichstadt
7½ Uhr: **Hutmacher s. Durchlaucht.**

Wagner-Theater.
7½ Uhr: **Geisha.**
Sig. 8½ Uhr: **v. Luxemburg.**

Trianon-Theater.
Täglich 8 Uhr: **Der gute Ruf.**
Von Hermann Sudermann.

Residenz-Theater.
Täglich 8 Uhr: **Das höhere Leben.**
Von Hermann Sudermann

Volksbühne Theater am Bülowplatz
Direktion: Erich Ziegler.
7½ Uhr: **Pensionistin.**
Freitag 7½ Uhr: **Gas.**

Urania Theater. Taubenstr. 32 v. 10–1 u. 5–10 Uhr.
8 Uhr: **Lumas Kartmann's Das schöne Schwabenland.**

Zoolog. Garten
Täglich
Grosses Militär-Konzert.
Eintritt 1.50 ℳ
ab 6 Uhr 75 ₰
Kinder die Hälfte.

Aquarium.
1 ℳ. Kinder die Hälfte.

Winter-Garten.
Täglich 7½ Uhr:
Gastspiel:
Ballett Charell
sowie der
—Mai-Spielplan—
Rauchen gestattet.

Admirals-Palast.
4½ Uhr, Sig. 8 u. 7 Uhr:
die neues Ballette:
„Im Gespenster-Schloss"
„Wiener Walzer"
Außerdem
Tanz-Revue.

Reichshallen-Theat.
Alexandrinenstr. 7½ Uhr.
Stettiner Sänger
Meyrel, Bettina
Max Steidl,
Otto Reutter
Reichshallen-Jazz
Dr. Vollmer-Kaut.
Anf. 7½ Uhr.

Apollo-Theater.
Dir.: James Klein.
Friedrichstr. 218.
7½, Mai 7½,
Sonntag 3½ und 7½
Gastspiel Ferdinand Bonn
in seinen klassischen Meisterszenen.
Klein-Rose.
Wiens 1918er Sensation.
Sonst u. weit Attraktion.
Sonntag 3½ jeder Erwachsene ein Kind frei!
Rauchen gestattet.

MARMOR HAUS
Kurfürstendamm 236
Direktion:
Siegbert Goldschmidt

Wegen des Riesenerfolges noch eine weitere Woche!

DIE PROSTITUTION
SOZIALHISTORISCHES FILMWERK

Regie: **Richard Oswald**
UNTER MITARBEIT VON
SAN.-RAT DR.
MAGNUS HIRSCHFELD

Vorverkauf von 11–1 Uhr.
4, 5.30, 7, 8.30

Gemälde-Sammlung
Bock-Reinbek, Hamburg.
Werken v. Corinth, Defregger, Pirle, Grützner, Kowalski, Liebermann, Schönleber, Spitzweg, Stuck, Thöner, Uhde, Wenglein, Zügel u. a.
Katalog 1831 mit 30 Tafeln 8 Mark.
Ausstellung: Sonntag u. Montag, d. 18. u. 19. Mai 10–2 Uhr
Versteigerung: Dienstag, d. 20. Mai, vorm. 10 Uhr.
Rudolph Lepke's Kunst-Auctions-Haus
W 35, Potsdamer Straße 122a/b.

Die Einwohnerwehr einer größeren Stadt Westdeutschlands sucht als ihren **Führer** einen
Hauptmann oder Stabsoffizier,
der geeignet ist, die Wehr zu führen und sie in politischer und wirtschaftlicher Beziehung energisch zu vertreten.
Angebote unter **X. 2145** mit Lebenslauf und allen Bedingungen an die Geschäftsstelle der Zeitung. 2445

D. L. G.
Luftpost.
Flughafen Gelsenkirchen.
Fliegerheim: **Hotel Berliner Hof.**
Tel.-Adr.: Berlinerhof. Fernruf 96.

Holländer
d. XVII. Jhdts., besonder schöne Landschaften und Stillleben, auch Privatbesitz gesucht. Gefl. Angebote nur wirklich erstklassiger, einwandfreier also bestimmt feststehender, **auerkannter,** nicht „nachgeschriebener" Meister mit Angabe von Größe, Motiv, Preis etc. erbeten an R. Blumenreich, Berlin W, Schöneberger Ufer 14. 2281

Moderne Bildniskunst
17 Jahre: Lützow 276. Berlin W. 62, Kleiststr. Nr. 12.
Bildnisse nach d. Leben und jeder Photographie in Oel, Pastell, Aquarell u. Radierung. Bildnis in Büste u. Relief. Künstlerische Vergrößerungen. Ausstellung von Gemälden. Sonder-Nachlass-Ausstellung von Prof. J. Schauenberg: Gemälde u. Skizzen. Bleistift, ohne Kautschuk, erhalten.

Ankauf von Juwelen
zum heutigen hohen Kurs.
Margraf & Co. G.m.b.H.
Berlin, Hannoversche 9 — Tel. Zentrum 8864

Brillanten
Juwelen, Perlen, Smaragde und Perlschnüre
kauft zu hohen Preisen
M. Spitz, Friedrichstrasse 91/92
BERLIN
zwischen Mittel- und Dorotheenstrasse.

Ankauf Verkauf
Altkunst G.m.b.H.
Berlin, Wilhelmstr. 40a
Antiquitäten
Möbel-Porzellane
Gemälde-Gobelins.
Kostenlose Schätzungen
Gleisdorf 2495 Zentrum 2495

Detektiv Rauschild
Polizeioberwachtmeister a. D.
Beobacht., Ermittl., Berlin, Friedrichstr. 198, Ztr. 9691.

Weine.
Interessenten für Bordeaux- und Midiweine wollen sich unter Chiffre **S. 2738 Q.** an Postlach 20 491, **Basel** (Schweiz) wenden. 2115

Suche zu kaufen:
Norddeutsche Allgemeine Zeitung
ab Juli 1914—April 1915.
Offerten mit Preisangabe unter Chiffre **A. 2438** an die Expedition. 2439

Villenhaus-Verkauf.
Verkaufe preiswert im Auftrage ein hierselbst an bester Lage befindliches der Neuzeit entsprechendes massiv eingerichtet. Wohnhaus mit hohem Hier-, Ost- und Gemüsegarten. Diele, Zentralheizung, Warmwasserversorgung, elektrisches Licht, 10 Zimmer. Beliebter im Juli.
Auskunft erteilt 2444
Albert Hoffmann, Baugewerksmeister,
Eltville am Südbahn.

Minenwerfer Maschinengewehrschützen
schützt Euer bedrohtes Vaterland!
Meldet Euch beim Freiw. (II.) Garde-Grenadier-Bataillon **Spandau,** Neue Kaserne an der Schmidt-Knobelsdorffstraße. Bedingungen: Mobile Löhnung und ℳ tägliche Zulage sowie Verpflegung, Unterbringung und Bekleidung. Militärbekleidung, soweit vorhanden, mitbringen.
:-: Militärpapiere sind vorzulegen :-:
Eile tut not!
Frhr. v. Schleinitz
Major u. Bataillonskommandeur. 2377

Freiwillige!
Eilet herbei zum Neubau
des
Füsilier-Bataillons
Garde-Gren.-Regt. Nr. 5
(F. F.-B. G.-G.-R. 5).
Es gilt in gemeinsamer, treuer Arbeit unserer deutschen Heimat in tiefster Not zu helfen.
Gültig sind die bekannten Bedingungen für alle Freikorps.
Ferner freie Verpflegung, Unterbringung, Bekleidung.
Reise vergütet.
Meldung: Füsilier-Bat. Spandau, Neue Kaserne, Eing. Schmidt-Knobelsdorffstr.
Abzeichen: **Goldener Eichenkranz mit silbern. Gardestern.**
Ausweise und Militärpapiere mitbringen, Militärbekleidung erwünscht. 2333
gez. **von Regelein,**
Major und Bataillons-Kommandeur.

Brillanten Perlen Juwelen kauft zu hohen Preisen
Ballschensky, Friedrichstr. 155, Ecke Unter d. Linden, gegenüber d. Viktoria-Luis. Zentr. 1080.

Sanatorium
Erholungsheim
sucht feingeb. Dame, im Großbetrieben praktisch erfahren, Stelle als
Hausdame.
Offerten an die Exped. d. Bl. unter **L. J. 14.**

Statt besonderer Anzeige.
Es hat Gott gefallen, meinen innigstgeliebten Gatten, meinen guten Vater, meinen treuen Schwiegervater, den früheren Rittergutsbesitzer, Kaufmann a. D.
Heinrich Adolf Alexander v. Uhden,
Ritter des Eisernen Kreuzes v. 1870, u. a. O.
am Tage vor Vollendung seines 87. Lebensjahres heute morgen 9 Uhr aus diesem Leben abzurufen. Um stilles Beileid bitten
Olga v. Uhden, geb. Streichenberg,
Dr. iur. **Richard v. Uhden,**
Amtsgerichtsrat a. D. Rittmeister d. L. a. D.,
Hildegard v. Uhden, geb. Hahn.
Berlin und **Neudamm,** den 12. Mai 1919.
Trauerfeier: im Hause Genthinerstr. 40 am Donnerstag, den 15. Mai, nachm. 3½ Uhr; anschließend Beisetzung auf dem Matthäi-Kirchhof, Groß-Görschenstrasse. 2440

Freiwillige!

kommt zum

Garde-Kavallerie-Schützen-Korps

Garde-Kav.-Schützen-Div. (Hendnck)

Division Lettow.

Werbezentralen:

Berlin, Nürnberger Straße 70/71 (Deutsches Künstlertheater)
Charlottenburg: Hotel Fürst Bismarck
(Am Knie), Berliner Straße 169
Berlin-Wilmersdorf: Uhlandstraße 155,
Ecke Ludwigkirchstraße.

Marinebrigade Ehrhardt
Jüterbog.

Feldartillerie-Regiment Ostlander
Schlachtensee Restauration Mochow.

Deutsche Schutztruppenbrigade
Jüterbog, Neues Lager.

Marine-Regiment Madlung
Kaiser-Allee 1—12.

Brigade Schleswig-Holstein
Berlin W., Nürnberger Straße 70, und Wünsdorf, Baracke 27.

Freikorps Schwarze Jäger
Berlin W., Nürnberger Straße 70.

Freiwilligen-Abteilung Mützel
Schloß Blankensee bei Trebbin, Kreis Teltow.

Marinebrigade v. Roden
Nikolassee, Cafe Heinroth, Alemannenstraße 11.

Freikorps Lützow
Berlin W., Lietzenseestraße 14.

Detachement Küntzel
Friedenau, Rheingaustraße 7; Berlin, Flottwellstraße 3, Zimmer-nruf 62 und Luisenstraße 31 a.

Freikorps v. Klewitz
Charlottenburg, Kantstraße 162. Berlin, Kaiserallee 1-12, Joachim-Friedrich-Gymnasium.

M. W. Sturmdetachement Henschkel
Charlottenburg, Kantstraße 6.

M. G. Scharfschützen-Abteilung Prey
Berlin, Kurfürstenstraße 97.

Fliegerkompagnie Heintz
Charlottenburg, Hardenbergstraße 27, (Altes Café Josty am Zoo).

Fliegerabteilung Grauert
Potsdam, Kaserne des 3. Garde-Ulanen-Regiments, Zimmer 51, Jägerallee 14.

Sturmbataillon Schmidt
Nürnbergerstraße 63.

Detachement Gentner
Berlin, Potsdamer Straße 22a, 2 Treppen, links.

Eiserne Eskadron
Berlin, Kurfürstendamm 229, Hpltr. rechts.

Radfahrerkompagnie v. Köller
Charlottenburg, Kantstraße 78.

Lehr-Infanterie-Regiment
Steglitzer Straße 29, Charlottenschule.

3. Garde-Feld-Artillerie-Regiment
Scharnhorststraße 23.

Jagdstaffel Loewe
Bornstedterfeld, Neue Garde-Jäger-Kaserne, Jägerallee.

Garde-Fernsprech-Abteilung
Berlin NW. 5, Perlebergerstraße 26.

Eisenbahnbaukompagnie Söller
Grunewald Delbrückstraße 20.

Pionier-Bataillon
Kurfürstendamm 251.

Schwere Feldhaubitzen-Abteilung „Lettow"
Jüterbog, Neues Lager.

Schweres Feldhaubitz-Bataillon
Rudow.

Schweres Feldhaubitz-Bataillon Braune
Gallin bei Mückenwalde in der Mark.

Flak-Abteilung
Garde-Schützenkaserne, Lichterfelde, Zimmer 104.

Sturmdetachement von Michelmann
Zossen Werbestelle: Groß-Lichterfelde-West, Hauptkadettenanstalt, Kaserne IV.

Staffelstab, G. K. D. Nürnberger Straße 63.

Kavallerie-Regimenter:

Kürassier-Regiment 4
Charlottenburg (Hochschule für Musik).

Dragoner-Regiment 8
Königs-Wusterhausen.

Jäger-Regiment zu Pferde 2
Biankenfelde Kreis Teltow Pfarrhaus. Annahmestelle: Groß-Lichterfelde Hauptkadettenanstalt.

Jäger-Regiment zu Pferde 6
Kniephofstraße 4.

Husaren-Regiment 11,
Stahnsdorf, Lt. Linden, Dorfstraße 16.

Ulanen-Regiment 5
Großbeeren, Lt. z. See Friese, Gastwirtschaft Geiser.

Husaren-Regiment 8 Paderborn
Wendisch-Wilmersdorf b. Berlin.

Zeitfreiwillige

Berlin W. 62, Kurfürstendamm 243

Technische Zeitfreiwillige: Technische Abteilung, Zehlendorf, Potsdamer Straße 47.

Sanitäts-Kompagnie, Berlin-Grunewald, Delbrückstraße 20 (Gemeindeschule).

Aerzte: Dispositionsarzt, Berlin, Nürnberger Straße 8, Hof links 1 Treppe.

Nr. 233
15. Mai 1919.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Beiblatt.
Morgen-Ausgabe.

Die Wasserkräfte des Oberrheins.

Von
Minister **Dietrich**, Baden.

In dem Artikel 358 der Friedensbedingungen, die unsere Gegner uns zugestellt haben, ist zugunsten Frankreichs bestimmt:

a) Daß dieses Land innerhalb seiner künftigen Grenzen, also auf der elsässisch-badischen Rheinstrecke, das Recht hat, Wasser aus dem Rhein zu entnehmen für die Speisung der schon gebauten oder noch zu bauenden Schiffahrts- und Bewässerungskanäle, oder für jeden anderen Zweck, und auf dem deutschen Ufer alle für die Ausübung dieses Rechtes erforderlichen Rechten aufzuführen.

b) Das ausschließliche Recht auf die aus der Rhuharmachung des Rheins sich ergebenden Kräfte unter dem Vorbehalt, daß die Hälfte des Wertes der tatsächlich gewonnenen Kräfte an Deutschland verzichtet wird.

In diesen beiden, äußerlich wenig sagenden Bestimmungen liegt eine der wichtigsten Fragen, die in dem ganzen Friedensvertrage behandelt ist; eine Angelegenheit, die im Laufe der Zeit eine Bedeutung erlangen wird, wie sie heute schon das Kohlengebiet des Saarbeckens hat, denn in dem bisher badisch-elsässischen Rhein ruhen bis jetzt unausgenutzt die größten Wasserkräfte Europas, Wasserkräfte, die — richtig gewonnen — Hunderttausende von Pferdekräften den Großindustrien, dem Handwerk und der Landwirtschaft des Oberrheingebietes stellen können. Hatte früher diese Strecke des Rheines nur unter dem Gesichtspunkt ihres Ausbaues als Großschiffahrtsstrecke die öffentliche Meinung beschäftigt, so hat im Laufe der letzten 20 Jahre in steigendem Maße die Wasserkraft sich durchgesetzt, daß viel wichtiger als die Schiffahrt dieser Strecke ihre Ausnutzung zur Gewinnung elektrischen Stromes sei. Man nimmt heute an, daß, wenn man das Gefälle dieser Strecke restlos in Kraftwerken ausnutzt, unter allen Umständen im Jahre 2½ Milliarden Kilowattstunden elektrischer Energie gewonnen werden. Nach neueren Berechnungen darf sogar damit gerechnet werden, namentlich wenn der Ausbau der Wasserkräfte im Strombett selbst erfolgt, daß 4 Milliarden Kilowattstunden gewonnen werden können. Dabei steht Baden nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die sämtlichen Kraftwerke, die zur Ausnutzung der Kräfte errichtet werden, derart angelegt werden können und müssen, daß die Schiffahrt nirgends eingeschränkt wird. Schleusen die einzelnen Staustufen überwinden kann, eine nennenswerte Behinderung der Schiffahrt also nicht eintritt, sofern man nicht etwa die Schleusengelder, auf die zugunsten der Schweiz vielleicht unter gewissen Voraussetzungen verzichtet werden könnte, als eine Erschwerung der Schiffahrt ansehen will. Was aber bedeuten 2 Milliarden Kilowattstunden elektrischer Energie? Wenn man die Kilowattstunde nur zu 8 Pf. bewertet, was angesichts der heutigen Kohlenpreise nicht als ein übermäßiger Preis anzusehen ist, so kame ein jährlicher Nutzungswert von über 300 Millionen Mark heraus. Hält man damit zusammen, daß die Wasserkräfte des Rheins nach menschlichen Begriffen ewig sind, daß sie also nicht wie die Kohlenlager sich erschöpfen, so sieht man, daß der Oberrhein der menschlichen Arbeit eine Energie zur Verfügung stellen kann von einer Bedeutung, wie sie stonst, aber zeitlich begrenzt, nur durch die Ausnutzung und Verwertung großer Kohlengebiete gewonnen werden kann.

Wohl will Frankreich im Bewußtsein, daß es eine Vergewaltigung Badens wäre, diesem Lande den ihm gehörenden hälftigen Anteil der Wasserkräfte wegzunehmen, den Wert der gewonnenen Kräfte vergüten. Damit aber ist Baden und Deutschland nicht gedient, denn kann kann Frankreich die Wasserkräfte verwenden zum Aufbau der elsässischen und der westfranzösischen Industrien, Deutschland aber kann mit der bezahlten Summe, wenn sie nicht ohnehin auf die Kriegsentschädigung verrechnet wird, einen wirtschaftlichen Effekt nicht erzielen.

Dann soll Deutschland das **Saargebiet** verlieren. Am schwersten wird die Südwestecke des Deutschen Reiches, Baden und Württemberg, darunter leiden. Angesichts dieser Gefahr wäre der Verlust der Rhein-Wasserkräfte, soweit sie auf Baden entfallen, doppelt schwerwiegend, denn es würde uns die einzige Möglichkeit, unter Land und angrenzende Länder anstatt mit Kohle mit elektrischem Strom zu heruchten, genommen. Der Schaden, der hier **verübt**, ist unübersehbar. Neben dem Verlust der Kohlengruben Oberschlesiens, der Kohlengruben der Saar, der lothringischen Eisenerzlagerstätten wiegt am schwersten von allem, was uns im Friedensvertrag genommen werden soll, wenn man von Land und Leuten absieht, der Verlust der Oberrhein-Wasserkräfte. Die Lage Badens ist ohnehin durch die drohende langwierige Besetzung Kehls, durch die drohende Unterstellung dieses Hafens unter französische Oberleitung, durch den infolgedessen drohenden Verlust des Güterverkehrs auf den Bahnen nach Süden hin, welche der Kehler Hafen bisher speiste, schwer in Mitleidenschaft gezogen. Hier einen Weg zu finden, der das Land Baden noch leben läßt, wird eine besondere Aufgabe der Friedensverhandlungen sein. Wir sind der Meinung, bei Beachtung der von Wilson festgestellten Friedensgrundlagen sollte es gelingen, Baden seinen Anteil an den Wasserkräften zu retten, zugleich aber auch zu verhindern, daß die Schiffahrt entweder im Strome unmöglich gemacht, oder in einen Seitenkanal französischer Sicherheit verlegt wird, der weder der Schiffahrt so gut dienen kann wie der offene Rhein, noch die Kräftegewinnung ermöglicht, welche durch die Kanalisierung des Stroms selbst zu erreichen ist.

Nicht nur den badischen und französischen, sondern auch den schweizerischen, den holländischen und belgischen Interessen würde bei einer solchen Lösung am besten gedient sein.

Friedensvertragsentwurf und Frischmilchversorgung.

Nach dem Friedensvertrage soll Deutschland an Frankreich und Belgien zusammen 140 000 Stück Milchvieh von 3 bis 7 Jahren und 40 000 Stück Jungvieh abgeben.

Nach der letzten Viehzählung vom 1. März 1919 waren in Deutschland 7 782 674 Milchkühe vorhanden. Der überwiegende Teil dieser Milchkühe steht auf kleinbäuerlichen Gütern und auf den Wirtschaften landwirtschaftlicher Arbeiter. Die Milchkühe bilden fast neben ihrer Milchproduktion vor allem infolge ihrer Düngererzeugung und der Tiere, die sie als Spannvieh leisten, die Grundlage des landwirtschaftlichen Betriebes, ihre Wegnahme würde also hier die ganze Wirtschaft zerstören. Für eine Abgabe an Frankreich und Belgien kämen sie daher kaum in Betracht, vielmehr müßte dafür auf die Milchkühe der Herden des mittelbäuerlichen und vor allem des Großbetriebes zurückgegriffen werden. Diese Milchkühe sind aber in erster Linie die Träger derjenigen Milcherzeugung, die zur Versorgung der Städte und insbesondere der Großstädte dient.

Die Milchversorgung der Städte ist schon jetzt über alle Maßen ungenügend. Bekanntlich sind in Deutschland nur einige Bevölkerungsgruppen der Versorgungen berechtigten, nämlich die Kinder bis zu 6 Jahren, die werdenden und stillenden Mütter und die Kranken zum Bezuge von Vollmilch berechtigt. Dieser sogenannte Milchnotbedarf läßt sich nur etwa 6 500 000 t täglich bezziffern. Tatsächlich kann dieser Notbedarf schon jetzt nur teilweise gedeckt werden; im März konnten nur eine 42 000 t, d. h. 65% den Versorgungsberechtigten zugeführt werden. In dieser Belieferung waren gegen 1 072 500 Milchkühe beteiligt. Würde man aus dieser Zahl die gefolgerten 140 000 Milchkühe nehmen, so blieben zur Deckung des Milchnotbedarfes noch 932 500 Tiere, d. h. es würden 56 000 Liter Milch täglich fehlen, wenn man wieder um für die kommenden Wintermonate die tägliche Durchschnittslieferung der Kuh mit vier Litern annimmt. An dem Milchnotbedarf würden damit noch weitere 8,6% fehlen, er wäre also im kommenden Winter nur mit etwa über die Hälfte gedeckt. Er chwerend kommt nun hinzu, daß um er Milchviehstand infolge der in die Bevölkerung des nötigen Schlachtviehes ständig stärker notwendigen Einzüge im nächsten Winter in seiner Gesamtzahl erheblich hinter der des vorigen Winters zurückstehen wird. Dadurch wird die Aufbringung der erforderlichen Vollmilch an sich noch weiter erschwert und bedrohlich, so daß der infolge der vorerwähnten 140 000 Stück Milchvieh sich ergebende Prozentsatz des Fehlbetrages erheblich höher wird. Außerdem wird es durch die gefordeerte Abgabe von 40 000 Stück Jungvieh an Nachwuchs fehlen, wodurch die Milchproduktion noch weiter herabgedrückt werden wird.

Zusammengefaßt muß gesagt werden, daß diese doppelte Abgabe einen erschreckenden Niedergang der Milchproduktion zur Folge haben muß und damit die Lebensgefährdung der Kinder und Kranken in katastrophaler Weise verschärfen wird.

Die Forderung auf Zulassung deutscher Missionare.

Wie seinerzeit die Ausweisung der deutschen Missionare aus den Kolonialgebieten tiefe Erregung in Deutschland hervorgerufen hat, so geht jetzt eine Bewegung durch die evangelischen und katholischen Kirchengemeinden, die sich auf eine Wiedereröffnung der deutschen Missionen zu ihrer früheren Tätigkeit richtet. Aus allen Teilen des Reiches gehen dem Auswärtigen Amte auf telegraphischem und brieflichem Wege fortgesetzt Kundgebungen zu. Schon heute liegen 169 solcher Kundgebungen vor, von denen jede eingelne im Namen von Hunderten und Tausenden Gemeindemitgliedern das Verlangen nach Rückkehr aller deutschen Missionen in die Gebiete ihrer früheren Wirksamkeit ausspricht.

Das Urteil im Prozess Liebknecht.

Um 9 Uhr abends wurde gestern nach fünfstündiger Beratung des Gerichts im Prozeß Liebknecht-Luxemburg das Urteil verkündet. Es lautet:

Der Angeklagte Jäger Runge wird wegen Wachvergehens im Felde, versuchten Totschlags mit gefährlicher Körperverletzung, Mißbrauchs der Waffe mit 2 Jahren Gefängnis, wegen Gebrauchs falscher Legitimationspapiere zu 2 Wochen Haft, 4 Jahren Ehrverlust und Entfernung aus dem Heere verurteilt, Leutnant Liepmann wegen unberechtigter Anmaßung einer Befehlsbefugnis in Verbindung mit Begünstigung zu 6 Wochen verschärften Stubenarrestes, Oberleutnant Vogel wegen erschwerten Wachvergehens im Felde in Tateinheit mit Begünstigung während Ausübung des Dienstes, Mißbrauchs der Dienstgewalt, Beseitigung einer Leiche und vorsätzlich falscher Meldung zu 2 Jahren 4 Monaten Gefängnis und Dienstentlassung. Von der weiteren Anklage wegen Duldung einer strafbaren Handlung und Mordes wird Vogel freigesprochen. Die Angeklagten Kapitänleutnant von Pflugk-Hartung, Oberleutnant zon Rittgen, die Leutnants Stiegel, Schulz und Littmann werden von der Anklage des Mordes freigesprochen. Hauptmann von Pflugk-Hartung und Hauptmann Weller werden ebenfalls freigesprochen. Das Urteil wurde vom Publikum mit Beifall aufgenommen, was der Vorsitzende energisch rügte.

*

Aus den Plädoyers des Anklagevertreters und des Verteidigers ist noch folgendes mitzuteilen: Kriegsgerichtsrat Jorns kam in seinem bereits mitgeteilten Plädoyer in bezug auf den Tod der Frau Luxemburg zu dem Ergebnis, Oberleutnant Vogel müsse den Schuß abgegeben haben, es bestehe allerdings die Möglichkeit, daß Frau Luxemburg schon durch die Kolbenhiebe Runges vorher getötet worden sei. Der Anklagevertreter beantragte:

Gegen Runge wegen eigenmächtigen Verlassens eines Postens im Felde, wegen versuchten Totschlags und gefährlicher Körperverletzung unter Mißbrauch der Dienstwaffe in einem Falle und wegen Gebrauchs falscher Papiere eine Gesamtstrafe von 5 Jahren 6 Monaten Gefängnis und 2 Wochen Haft, Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf 4 Jahre und Entfernung aus dem Heere. Gegen Kapitänleutnant Horst von Pflugk-Hartung, Oberleutnant z. S. Ulrich von Rittgen, Leutnant z. S. Heinrich Stiege und Leutnant der Reserve Rudolf Liepmann wegen Verbrechens gegen § 211 die Todesstrafe, dauernden Verlust der Ehrenrechte und Aberkennung von dem Heere, ferner gegen Liepmann wegen unbefugter Anmaßung einer Befehlsbefugnis 6 Wochen strengen Arrestes, zulässich, gegen Oberleutnant Vogel wegen versuchten Mordes in Verbindung mit Verbrechen gegen § 141.2 M.St.G.B. Beseitigung einer Leiche und vorsätzlicher Falschmeldung, unter Freisprechung von der Anklage des Diebens strafbarer Handlungen seitens Untergebener, eine Gesamtstrafe von 5 Jahren 1 Monat Zuchthaus, 1 Woche Haft und Ausstoßung aus dem Heere, gegen Hauptmann Weller wegen Begünstigung drei Monate Gefängnis. Gegen den Leutnant z. D. Bruno Schulze und den Hauptmann Heinzen Pflugk-Hartung die Freisprechung.

Nach einer kurzen Pause nimmt der Verteidiger, Rechtsanwalt Grünspach, das Wort. Er erörtert den Fall Runge und weist darauf hin, daß die Sorglosigkeit Runges bei der Tat und der Umstand, daß er für seine Sicherheit nichts getan hat, dafür sprechen, daß der Angeklagte nicht im Besitz der freien Willensbestimmung gewesen ist. Der Verteidiger erkennt nur eine gefährliche Körperverletzung an. Er beantragt die Freisprechung Runges wegen mangelnder Zurechnungsfähigkeit und stellt die Beurteilung wegen Wachvergehens und die Benutzung falscher Legitimationspapiere anheim, bittet aber auch hier um Zubilligung mildernder Umstände.

Dann geht der Verteidiger auf den Fall Liepmann wegen Begünstigung des Runge ein und hebt hervor, daß von einer günstigung nicht die Rede sein könne, da Liepmann von einer strafbaren Tat des Runge nichts wußte. Auch für den Hauptmann Weller beantragt Rechtsanwalt Grünspach die Freisprechung von der Anklage der Begünstigung und erwähnt eine Gefälligkeit, die der Angeklagte Vertretern angegeben habe, daß der Angeklagte nur aus ehrenhaften Motiven handelte. Sehr ausführlich erörtert der Verteidiger den Fall Vogel. Sollte Vogel der Täter sein, so könne er die Tat nur im Affekt begangen haben. Aber Oberleutnant Vogel komme als Täter gar nicht in Betracht. Grünspach würdigt eingehend die einzelnen Zeugenaussagen und betont, daß die ganzen Zeugenaussagen mit größter Vorsicht aufgenommen werden müssen, wie ja auch die Widersprüche in den Zeugenaussagen bestätigen. Rechtsanwalt Grünspach beantragt die Freisprechung Vogels von der Anklage des versuchten Mordes.

Dann beschäftigt sich der Verteidiger mit dem Falle Liebknecht. Er betont, daß die Beweisaufnahme nicht nur nicht eine Schuld der Angeklagten ergeben habe, sondern daß vielmehr nach seiner Ueberzeugung die Unschuld der Angeklagten bewiesen sei. Er beantragt deshalb die Freisprechung des Kapitänleutnants v. Pflugk-Hartung, des Oberleutnants v. Rittgen der Leutnants Stiege, Schulze und Lurmann, sowie ebenso die Freisprechung des Hauptmann v. Pflugk-Hartung, da durch das Gutachten der Sachverständigen zweifelsfrei nachgewiesen sei, daß die Panne nicht mit Absicht herbeigeführt wurde. Sehr ausführlich erörtert Rechtsanwalt Grünspach die Frage, ob Fluchtversuch ein Fluchtverlauf zuzulassen sei. Nach der Verhandlung Liebknechts kann man ihm eine Feigheit nicht zutrauen. Er war ein Mann seltener Ueberzeugungstreue, der für seine Ideen hinreißen Gefahr bedeute. Aber der Rückwärtszug im Tiergarten sei auch nicht als ein Akt der Feigheit aufzufassen, sondern er bedeutet vielmehr eine Kollführung Liebknecht wußte, daß es in einer Zeit für die Bewegung, an deren Spitze er stand, unbedingt notwendig war, aus sein Aufenthalt im Kerker nicht für ihn den Tod bedeutet. Es sei daher selbstverständlich, daß Liebknecht alles daran legte, in Freiheit zu bleiben, um für seine Sache kämpfen zu können. Auch der vom Zeugen Hauptmann Pabst bekannte Vorgang, daß Liebknecht im Chon-Hotel vor seinem Abtransport den Versuch machte, seine Papiere zurückzuerhalten, unter denen sich ein falscher Paß befand, ließ darauf schließen, daß er sich leben in diesem Augenblick mit Fluchtgedanken trug. Denn als erfahrener Anwalt wußte er genau, daß ihm im Untersuchungsausschuß durch gefälschte Papiere abgenommen werden würden. Der Verteidiger unterstreicht dann die Frage, ob die bei dem Transport Liebknechts beteiligten Angeklagten sich keiner rechtswidrigen Waffengebrauches schuldig gemacht haben und kam zu dem Schluß daß hier sowohl subjektiv, wie objektiv ein rechtmäßiger Gebrauch der Waffen vorliege. Der Verteidiger stellt die ganzen Vorgänge, die Wichtigkeit des Transportes, der Persönlichkeit des Verbrechers der Unsicherheit im Tiergarten, mußten die Transportbegleiter der Ueberzeugung sein, daß sie unbedingt mit allen Mitteln einen Fluchtversuch Liebknechts zu verhindern hatten. Der Wortwechsel mit Runge, der Versuch, die Flucht Liebknechts auf andere Weise zu vereiteln, konnten sich die Begleitmannschaften unter den angegebenen Umständen nicht einlassen.

Der Verteidiger schloß seine außerst zweistündigen Ausführungen mit den Worten: Es wird daß wenn je, so in diesem Falle der Weg zur lichten Höhe der Gerechtigkeit ungehemmt frei ist daß er ein schmaler Pfad ist, auf dessen eine Seite der Neid des Hasses wallt, während er auf der anderen Seite begleitet ist von dem Gespenst der Furcht über die Wirkung des Urteils. Ich bin aber der festen Ueberzeugung, daß das Gericht sich von keinen anderen Erwägungen wird leiten lassen, als von dem Bestreben nach völliger Gerechtigkeit. Die Angeklagten erklären in der Mehrzahl, als ihnen das letzte Wort gestattet wird, kurz und bündig, daß sie nichts mehr zu sagen hätten. Nur der Angeklagte Runge gibt die Erklärung ab, daß er bei seiner Tat unzurechnungsfähig gewesen sein müsse. — Hauptmann Weller betont nochmals, daß ihm Begünstigung einer Straftat oder der Täter fern gelegen habe.

Drei neue Oberpräsidenten.

Wie wir bestätigen können, sind als Oberpräsidenten für die Provinzen Westfalen, Schleswig-Holstein und Westpreußen der Ministerialdirektor im Reichswirtschaftsministerium Dr. Wuermeling bezw. der sozialdemokratische Gewerkschaftssekretär Kürbis und der demokratische Abgeordnete Oberbürgermeister Schackenburg in Aussicht genommen.

Dr. Bernhard Wuermeling steht im 65. Lebensjahre, war als Amtsrichter, bei der Staatsanwaltschaft, Rechtsanwaltschaft und Kommunalverwaltung tätig, kam 1910 ins Reichsversicherungsamt und wurde 1901 bis 1908 als vortragender Rat dem Reichsamt des Innern an, worauf er ins Reichswirtschaftsamt als Ministerialdirektor berufen wurde. Er vertrat als Mitglied der Zentrumsfraktion 1885—1893 Münster-Koesfeld, seit 1919 Minden im preußischen Abgeordnetenhause.

Heinrich Kürbis wurde am 9. Januar 1873 zu Mühlhausen in Thüringen geboren. Er erlernte das Tischlerhandwerk, schloß sich der sozialdemokratischen Partei an und ließ sich 1897 in Hamburg nieder. 1909 wurde er Stadtverordneter in Altona, war 1910—1913 Beisitzender des Deutschen Metallarbeiterverbandes und leitender Parteisekretär für Schleswig-Holstein. 1916 zum Heere eingezogen, kämpfte er im Frühjahr 1917 im Westen und wurde im August desselben Jahres vom Militär entlassen. Er hat den Posten des Oberpräsidenten von Schleswig-Holstein in den letzten Monaten bereits kommissarisch verwaltet. Er ist Mitglied der Nationalversammlung vertritt er den 14. Wahlkreis Schleswig-Holstein.

Bernhard Schackenburg wurde am 5. Juli 1867 zu Schwelm in Westpreußen geboren und ist seit vor 1909 als Erster Bürgermeister nach Altona kam. Bürgermeister in Berlin-Friedenau gewesen. Im Dezember 1909 wurde er — zugleich mit dem Oberbürgermeister ernannt — auf Präsentation der Stadt Altona ins Herrenhaus berufen. In der preußischen Landesversammlung vertritt er Schleswig-Holstein als Mitglied der deutsch-demokratischen Partei.

Der Völkerbundgedanke.

Von
Karl Vorländer.

Im Verlage von Felix Meiner in Leipzig erscheint demnächst eine Schrift von Karl Vorländer „Kant und der Gedanke des Völkerbundes", die die bekannten Verdienste Kants um diese große Zukunftsaufgabe der Menschheit darlegt. Wir entnehmen dem Werk die Ausführungen des Verfassers über die Entwicklung des Völkerbundgedankens bis auf Kant hin.

Die frühesten Verkünder des Völkerbundgedankens sind wohl die israelitischen Propheten, zumal Jesaja und Sacharja, gewesen; wenn sie in nicht bloß religiöser, sondern auch politischer Begeisterung von der Zeit reden, in der die Völker „nicht mehr den Krieg lernen", wo „der Wolf mit dem Lamme weiden" wird. In allen Heilen dagegen hält sich selbst Platos Idealstaat noch in den Grenzen nationaler Absonderung; und die erste tatsächliche Gründung eines „Umwohner"-(Amphiktionen)-Bundes mit gewissen scheidsgerichtlichen Einrichtungen umfaßt noch nicht einmal alle griechischen Stämme. Erst auf dem Boden von Alexanders Reich entspringt dann in dem Stifter der Stoa Zeno, der, der den Gegensatz zwischen Kulturen, der hellenischen und orientalischen, geboren, vielleicht selbst der Abstammung nach beiden Rassen angehörte, zum erstenmal der Gedanke eines Weltstaats, der jedoch noch höchst verschwommen gedacht wird. Wie hätte es auch anders sein können? Blieb doch das Reich Alexanders und seiner Nachfolger auf Gewalt gegründet. Und ebenso einige Jahrhunderte später das noch ausgedehntere Imperium Romanum, wenngleich es, namentlich unter den Reformkaisern des zweiten nachchristlichen Säkulums, den Völkern seines Bereichs in weitem Maße die Segnungen des Friedens, gemeinsamer Sprache, Rechtes, Münze, Verkehrsstraßen zuteil werden ließ. Von einem Bunde freier Völker konnte in solchem durch Gewalt zusammengehaltenen, mit Gewalt aufrechterhaltenen Reiche keine Rede sein.

Darin brachte auch das Emporkommen der christlichen Kirche keine Aenderung hervor. Wohl will Augustinus „Gottesstaat" ein Staat des Friedens sein, aber er ist rein geistlich gedacht und bloß den Gläubigen vorbehalten, denen überdies das nahe bevorstehende Weltende den Eingang in das himmlische Jerusalem bereiten wird; während der irdische Staat unwiderruflicher Verdammnis anheimfällt. Ebensowenig ändert an diesem Zustande etwas der Eintritt der Germanen in die Geschichte. Des Ostgoten Theoderichs Plan beschränkt sich auf einen Bund germanischer Stämme. Das deutsche Kaisertum des Mittelalters von Karl dem Großen bis zum Untergang der Staufer weiß gleichfalls nichts von einem Bunde der Völker. Im Gegenteil, diese Vertreter imperialistischer Gedanken unterdrücken, was sich ihnen in Italien und anderswo an nationalen Gefühlen entgegenstemmt. Das gleiche ist mit den großen Päpsten dieser Epoche seinem Gregor VII., einem Innozenz III. der Fall. Deshalb schwebt auch der Claube des großen Dante an den Beruf des römisch-deutschen Kaisertums, ein Reich des allgemeinen Friedens, der Freiheit und Gerechtigkeit über dem orbis terrarum aufzurichten (in seiner um 1309 erschienenen Schrift De monarchia) in der Luft; während ein anderer Befürworter weltlicher Staatsmacht, der Verfasser des berühmten Defensor pacis (1324), Marsilius von Padua mit seinem Vorschlag, die kirchlichen Konzilien zu einer Art Vertretung einer europäischen Staatengemeinschaft zu machen, dem Gedanken einer überstaatlichen Friedensorganisation wenigstens einmal näher rückt.

Indessen, mögen einzelne frühzeitige Keime einer solchen in jenem an neuen Ideen fruchtbaren vierzehnten Jahrhundert auch in vereinzelten anderen Köpfen, wie z. B. dem französischen Juristen Pierre Dubois (1305), nachzuweisen sein; die Grundlage zu unseren heutigen völkervereinigenden Gedanken wird doch erst in der Neuzeit gelegt. Und zwar mit der Begründung des Völkerrechts, das eben ein Recht über den Völkern anerkennt und sich zugleich aus dem Bereich mehr oder weniger frommer Wünsche zum ersten Male auf den Boden rechtsstaatlicher Begriffe begibt. So hat Hugo Grotius schon 1609 in seiner Flugschrift De mari libero die heute wieder zur Verhandlung stehende „Freiheit der Meere" gefordert, während in seinem größeren und bekannteren Werk De iure belli ac pacis (1625) allerdings von dem Gedanken eines Völkerbundes nichts zu finden ist. Dagegen tritt neun Jahre später ein solcher Plan in den 1634 veröffentlichten Memoiren von Heinrichs IV. von Frankreich großem Minister Sully hervor, den dieser seinem 1610 verstorbenen König selbst zuschreibt. Nach dessen „großer Absicht" (le grand dessein) sollen alle christlichen Staaten Europas, d. h. die sechs Erbmonarchien: England, Frankreich, Lombardei, Schweden, Spanien, Rußland, die fünf Wahlreiche: Deutschland, Böhmen, Polen, Ungarn und der Kirchenstaat, die drei Republiken: Schweiz, Venedig und die Niederlande, zu einer „allgemeinen sehr christlichen Republik zusammentreten, deren gemeinsame Angelegenheiten durch einen Senat von sechzig Mitgliedern geordnet werden sollen, während ein oberster Gerichtshof alle etwa entstehenden Streitigkeiten schlichtet. Freilich ist unsicher, ob dieser Plan wirklich reiner Menschen- und Friedensliebe oder nicht vielmehr der Politik, d. h. französischer Gegnerschaft gegen die Uebermacht des Hauses Habsburg entsprungen ist, in dessen in unseren Tagen zerschellitem Reiche damals „die Sonne nicht unterging".

Wir übergehen ähnliche Gedanken des Franzosen Lacroix (1629), der Quäker William Penn (1695) und John Bellers (1710), des Diplomaten William Temple und anderer weniger bedeutender Friedensfreunde und wenden uns gleich dem genialen, dessen Projekt das umfangreichste und durchgearbeitetste von allen gewesen ist, das größte Aufsehen unter den Zeitgenossen erregt und auch auf Kant schon früh Einfluß geübt hat: wir meinen den französischen Abbé Charles Irenée Castel de Saint-Pierre (1658—1743), und sein dreibändiges Werk Projet de la paix perpétuelle. Saint-Pierre war kein utopistischer Studengelehrter, sondern Sekretär der beiden französischen Bevollmächtigten auf dem Utrechter Friedenskongreß von 1712/13. Schon 1708, als das durch den Ianahaarenden, blutigen spanischen Erbfolgekrieg erschöpfte Frankreich sich nach Frieden sehnte, hatte er seinen Gedanken gefaßt, wurde in seinem Vorhaben durch die Nachricht von Heinrichs IV. angeblichem ähnlichen Plane bestärkt und kam nun während der Utrechter Friedensverhandlungen auf die Idee, ob nicht das dort geschaffene System des europäischen „Gleichgewichts" zu einer dauernden Friedensorganisation der Staaten Europas erweitert werden könnte. Der philosophische Grundgedanke des Werkes ist: Wenn der ursprünglich thatsächliche und ungerecht denkende Naturmensch aus dem rohen Naturzustande in den einer geordneten, bürgerlichen Gesellschaft getreten ist, warum sollte eine gleiche Entwicklung nicht auch für ganze Völker möglich sein? Kommt doch auch im Leben der Völker schließlich nur auf den guten Willen an. Als geschichtliches Vorbild für kleinere Staatenbünde nennt er die Schweiz, die Niederländischen „Generalstaaten" und das Deutsche Reich. Die Naturvorschläge zu den Weltbunde der Zukunft, an die sich Kant in seinem „Ewigen Frieden" zum Teil angeschlossen hat, sind folgende: 1. Die 24 christlichen Staaten Europas vereinigen sich zu einem ewigen Friedensbunde, dem womöglich auch die mohammedanischen Fürsten anzuschließen sind. Dieser Bund soll durch einen ständigen Senat in dem gar keine Friedensschade erhobenen Utrecht vertreten sein. 2) Der Bund macht sich nicht in die inneren Angelegenheiten seiner Mitglieder, außer im Falle einer Auflehnung gegen seine Festsetzungen. 3) Kein Staat soll mehr als 6000 Mann unter den Waffen halten. 4) Alle Gebietsveränderungen in Europa, und zwar nicht nur infolge von Eroberungen, sondern auch von Erbschaften, Schenkungen, Abtretungen usw. sollen in Zukunft ausgeschlossen sein. 5) Alle Streitigkeiten werden durch ein Schiedsgericht beigelegt. Als auch heute noch gegen den Gedanken eines dauernden Friedensbundes üblichen Gegengründe hatte der Verfasser sorgsam — nicht weniger als siebzig — zusammengestellt und tätig gewesen war, hatte recht gesehen, wenn er noch vor seinem Tode dem Verfasser geschrieben: es sei zwar gut, dergleichen Gedanken ins Publikum zu bringen, allein unmöglich, bei den Herrschern seiner Zeit je damit durchzudringen; „nur ein Minister, der im Sterben liege, könne das wagen und auch nur dann, wenn er keine Familie hinterlässt". Und in Anknüpfung an eine Aufschrift „Zum ewigen Frieden" über einer Kirchhofspforte, mit der auch Kant seine gleichnamige Abhandlung beginnt, schreibt er an einen befreundeten Gelehrten: „Freilich die Toten schlagen sich nicht mehr, die Lebenden aber sind in anderer Stimmung, und die Mächtigsten unter ihnen gehen den Anspruchen der Gerichtsobe seine Gedanken nicht gern, auch nicht, daß er zwar dem Plan eines ewigen Friedens nicht für „unsinnig an sich" hält, aber für ebensowenig zwischen Herrschern möglich, wie „zwischen Elefant und Rhinozeros„ zwischen Wolf und Hund". Ein solcher Traum könne erst zur Wahrheit werden, wenn die Menschen einsähen, daß selbst in den glücklichsten Kriegen nur eine handvoll Generale und Minister etwas zu gewinnen hätten!

Daß Kant die Vorschläge St.-Pierres schon früh gekannt hat, ist sicher. Dagegen ist es unsicher, ob er das weitschichtige Werk selbst, oder den Auszug von 1728, der nur den „Extrait" gelesen hat, den Rousseau 1761 davon veröffentlichte. Rousseau hatte den greisen Friedensfreund selbst noch kurz vor dessen Tode kennen gelernt, übrigens, wie er sagt, „ohne ihn kennenlernen" zu wollen, unter dessen Flagge „viele wichtige Wahrheiten" in seinen Auszug eingeschmuggelt. Ausdrücklich aber erklärt er: der Abbé erhoffe zu viel von dem Edelmut und den Einsichten der Staatsoberhäupter, eben das habe ihn und seine Ihee in den Kabinetten der Minister um den Kredit der Lächerlichkeit gebracht. Neben Rousseau haben in Frankreich die Enzyklopädisten und ihre Freunde die Friedens- und Völkerbundsgedanken vertreten. Zu Beginn des siebenjährigen Krieges forderte der Nationalökonom Goudart einen zwanzigjährigen Waffenstillstand als Einleitung zu einem dauernden europäischen Frieden (in seiner Schrift vom Nutzen der Künste und der Wissenschaften, 1760), und im Jahre 1767 machte der Abbé Coyer diese Idee populär, indem er sie mit dem Preis für die beste Schrift aus, die „den Nationen zeigt, wie sie sich zur Sicherung des allgemeinen Friedens vereinigen könnten". In England lebten vor allem Hume und Swift — beide Lieblinge Kants — ihren satirischen Geistes gegen die Geisel des Krieges in Bewegung.

Aber auch in Deutschland erschienen seit Wiederbeginn der Kriegszeiten in den 60er Jahren verschiedene Friedensschriften. Im allgemeinen war man hier meist nüchterner und pessimistischer. Gerade die schärferen Köpfe waren der Aufgeklärten (z. B. Lessing) verurteilten zwar den Krieg in der Theorie, hielten aber in der Praxis jeden Widerstand für aussichtslos. Und der gefeierte Friedenker auf dem preußischen Königsthrone hat zwar als Kronprinz seinen Antimacchiavel geschrieben und auch sonst gelegentlich seine platonische Friedensliebe beteuert, aber bekanntlich ganz entgegengesetzt gehandelt; auch nach seinen Kriegen Kaunitz' und Josefs II. Abrüstungsvorschläge, als diplomatische Fälle, abgelehnt und in seinen „Testamentssprüchen" von 1773 den „Traum eines gewissen Abbé de St.-Pierre, der von jedermann ausgelacht wurde", auch literarisch verspottet. In diese Gedankenwelt tritt nun in den letzten Jahrzehnten des achtzehnten Jahrhunderts der größte deutsche Philosoph Immanuel Kant.

Volkswirtschaftlicher Teil.

Dresdner Bank.

7 % Dividende gegen 8½ %.

Die Grossbankabschlüsse dieses Jahres gleichen sich in ihren Grundzügen so stark, dass wirklich fast nur das wechselnde Ausmass der Gesamtziffern der einzelnen Institute einen sichtbaren Unterschied zwischen ihnen schafft. Die Dresdner Bank macht von dieser Regel keine Ausnahme. Höchstens wirkt der Umstand auffällig, dass die Debitoren nicht unbeträchtlich, nämlich um ungefähr 130 Millionen vermindert ausgewiesen werden. An sich liegt die Erklärung dafür nahe, dass infolge der anhaltenden ungesunden Geldflüssigkeit der Kreditbedarf der Kundschaft der Bank zurückgegangen ist, und dass die neu eingezahlten Kreditorengelder deshalb vorwiegend in Schatzwechseln und anderen mehr oder minder direkten Forderungen an den Staat angelegt werden mussten. Bei den übrigen Grossbanken wird die doch kaum unter wesentlich anderen Bedingungen arbeiten als die Dresdner Bank, ist bisher eine Abnahme der Aussenstände bei Schuldnern in der Bilanz nicht in die Erscheinung getreten. Es muss daher die Frage offen gelassen werden, ob die Dresdner Bank z. B. weniger als die übrigen Institute des Darlehnsgeschäft an Kommunen oder andere gro se Verbände betrieben hat. Denn die Hauptabnahme des Debitorenkontos, die fast ausschliesslich auf die ungedeckten, d. h. auf die erstklassigen Aussenstände bei grossen und unzweifelhaft sicheren Schuldnern entfällt, zu denen man neben bestfundierten Industriegesellschaften hier wohl auch die Kommunen rechnen kann, spricht recht gegen diese Vermutung. Die Ziffern des Gewinn- und Verlustkontos, die wir nachstehend folgen lassen, zeigen das überall beobachtete Anwachsen besonders der Zinsgewinne und, in weiterem Abstande, auch der Provisionen usw.

	in Millionen Mark				
	1918	1917	1916	1915	1914
Sorten und Zinsscheine .	1,33	0,63	0,82	0,78	0,56
Wechsel und Zinsen . .	46,41	38,05	32,94	25,92	24,68
Provisionen	22,65	17,72	14,02	12,94	13,95
Erträgnisse aus dauernden Beteiligung. bei Banken	2,63	0,69	0,90	0,67	1,88
Handlungsunkosten, Steuern	39,97	21,90	18,73	16,18	16,87
Reingewinn	34,20	36,12	30,82	24,97	23,99

Zu bemerken ist zu diesen Zahlen noch, dass in ihnen bereits die Ergebnisse der gegen Ende 1917 von der Dresdner Bank übernommenen Rheinisch-Westfälischen Disconto-Gesellschaft in Aachen und der Märkischen Bank in Bochum enthalten sind. Die Erträgnisse aus dem Effektenkonto sind, wie in den vorhergehenden Jahren, von vornherein zur Reservestellung verwandt worden. Insgesamt ist der Rohgewinn einschliesslich Vortrag von 58 auf 74 1 Millionen Mark angewachsen. Wie bei allen anderen Grossbanken wird dieses Plus von den Mehraufwendungen für Handlungsunkosten und Steuern verschlungen, so dass der Reingewinn mit etwa 2 Millionen Mark hinter dem des Vorjahres zurückbleibt. Eine Erklärung des bedeutenden Anwachsens der Erträgnisse aus den dauernden Beteiligungen bei anderen Banken — die Einnahmen hieraus haben sich mehr als verdreifacht, während in der Bilanz die Beteiligungen selbst nur um 3½ Millionen erhöht ausgewiesen werden — müsste die Bank noch im einzelnen im Geschäftsbericht geben. Der Gewinnverteilungsplan geht aus der nachfolgenden Tabelle hervor.

Dividenden:	1918	1917	1916	1915	1914
in %	7 %	8½ %	8½ %	6 %	6 %
in Millionen Mark .	18,2	17,0	17,0	12,0	12,0
	auf 260 Mill. M. Akt.-Kap.	auf 200 Mill. M. Akt.-Kap.			
	in Millionen Mark				
Abschreibung auf Bankgebäude	1,0	1,0	1,0	0,6	0,6
Abschreibung auf Mobilien-Konto	1,01	0,5	0,2	0,2	0,3
Zuweisung zum Pensionsfonds	1,47	1,0	0,2	0,2	0,2
Rückstellung für Talonsteuer	0,26	0,2	0,2	0,2	0,2
Abschreibung auf Konto-Korrent-Konto	0,0	5,5	1,5	6,0	5,0
Zuwendung an verschied. Kriegs- Wohltätigkeits-Stiftungen	0,0	0,8	0,5	—	—
Abschreibung weg. Niederlassung in London . . .	0,0	—	2,0	—	—
Vortrag	0,39	0,47	0,48	0,48	0,47

Die Dividende wird zwar um 1½ % herabgesetzt, erfordert aber angesichts des um 60 Millionen erhöhten Aktienkapitals einen um 1,2 Millionen höheren Gesamtbetrag. Die Abschreibungen auf das Bankgebäude werden in der gewohnten Höhe der letzten Vorjahre vorgenommen, die auf dem Mobilienkonto verdoppelt, während eine Reservestellung auf dem Kontokorrentkonto, auf das im Vorjahre eine Abschreibung von 5½ Millionen vorgenommen war, dieses Mal nicht erfolgt. Die Bank muss also der Ansicht sein, hier allen nach vernünftiger Voraussicht möglichen Verlusten bereits Rechnung getragen zu haben. Wir lassen nunmehr eine Uebersicht über die hauptsächlichsten Bilanzkonten folgen:

	in Millionen Mark				
Aktiva:	1918	1917	1916	1915	1914
Kasse einschl. Guthaben bei Noten- und Abrechnungsbanken	391,6	362,1	206,5	139,8	98,9
Wechsel und unverzinsl. Schatzanweisungen . .	2371,8	1200,1	707,9	353,0	330,0
Noten und Lombards . .	104,4	230,0	86,6	69,8	62,3
Reports und Lombards .	320,2	211,7	176,4	149,5	95,5
Vorschüsse auf Waren u. Warenverschiedungen	13,4	16,2	8,2	7,9	22,7
Dauernde Beteiligungen bei anderen Banken .	67,4	63,7	36,8	38,5	37,8
Anleihen und verzinsliche Schatzanweisungen des Reiches u. der Bundesstaaten	112,0	47,3	30,9	33,4	23,9
Sonstige Wertpapiere . .	36,6	33,7	34,4	31,5	28,7
Schuldner	1048,1	1176,3	736,0	648,7	574,1
Konsortialbeteiligungen .	56,5	54,9	54,5	59,6	63,5
Passiva:					
Gläubiger	4150,8	2947,6	1759,8	1192,8	1095,1
Akzepte und Scheks . .	63,6	75,5	68,9	92,3	146,6

Zunächst zeigt sich, dass sich entsprechend dem ständigen starken Zustrom von Einlagegeldern die Bankleitung zum Halten höherer Kassenbestände genötigt gesehen hat. Besonders ins Auge fällt aber die ausserordentlich starke Vermehrung des Wechselkontos, dessen Bilanzsumme sich ungefähr verdoppelt hat. Da das eigentliche Wechseldiskontgeschäft ja heute bei dem Zusammenschrumpfen des regulären Warenhandels nur noch einen geringen Prozentsatz des Umfanges in Friedenszeiten ausmacht, so wird auch hier der überwiegende Teil des Bestandes und wohl nahezu die Gesamtsumme des Zuwachses auf den Ankauf von Schatzanweisungen zurückzuführen sein. Auch hier zeigt sich also, wie wir dies bereits bei der Besprechung des Abschlusses der Disconto-Gesellschaft näher dargelegt hatten, die ausserordentlich enge Verkettung unserer Grossbanken mit dem Staatskredit. Die Nostroguthaben sind zurückgegangen, nachdem sie im Vorjahre eine sprunghafte Steigerung erfahren hatten, Reports und Lombards, in denen der meisten Banken neben den Buchungen aus dem Börsengeschäft auch die Darlehen an ihre Kundschaft gegen Kriegsanleihe auszuweisen, erscheinen um über 100 Millionen Mark höher als im Vorjahre. Der Bestand an deutschen Anleihen ist in sehr schnellem Tempo weiter angewachsen. Der Besitz an sonstigen Wertpapieren hat sich ebenfalls erhöht. Auf den Rückgang der Ausleihungen auf Debitoren wiesen wir schon am Eingang der Besprechung hin. Die Einlagen haben sich ausserordentlich stark vermehrt. Die Kreditoren sind insgesamt von 2,9 Milliarden auf 4,15 Milliarden Mark gestiegen. Im einzelnen ist hierzu noch zu bemerken, dass die Einlagen auf provisionsfreie Rechnung, also die eigentlichen Depositengelder, von 1,03 Milliarden auf 1,38 Milliarden Mark angewachsen sind, von denen fast die Hälfte, nämlich rund 620 Millionen Mark innerhalb 7 Tagen fällig sind. Von den übrigen Gläubigern sind rund 1460 Millionen Mark innerhalb 7 Tagen fällig, so dass insgesamt die täglich fälligen Verbindlichkeiten auf dem Kreditorenkonto mehr als 2 Milliarden Mark ausmachen, gegen rund 1340 Millionen Mark im Vorjahre.

Ueber ihre Umsatsziffern, die das bedeutend erweiterte Geschäft erheblich anschwellen liess, bemerkt das Institut noch, dass 376 640 Konten gegen 313 105 im Vorjahr geführt wurden, dass der Gesamtumsatz auf der einen Seite des Hauptbuches von 115,8 auf 192,7 Milliarden und die Angestelltenschaft von 7679 auf 9569 gestiegen ist.

Deutsche Volkswirtschaft.

Gründung einer Lebensversicherung sächsischer Gemeinden. Der Gedanke der Sozialisierung der Lebensversicherung kommt in der Gründung einer Lebensversicherung sächsischer Gemeinden zum Ausdruck. Gründstätlich zugestimmt haben 250 Gemeinden, unter ihnen hervorragende Industrieorte wie Krimmitschau, Bautzen, Aue, Burgstadt, Colditz, Freiberg, Falkenstein, Hohenstein-Ernstthal, Klingenthal, Limbach, Meissen, Radeberg und andere. Die Anstalt soll die Arbeiten der Lebensversicherung betreiben und ihren Sitz in Dresden haben. Sie soll mit einem Stammkapital von 1 Million Mark gegründet werden. Der Geschäftsbereich bleibt lediglich auf den Freistaat Sachsen beschränkt. Die Anstalt soll sich auf den Gemeindesparkassen aufbauen, um diese auf der Höhe zu halten auch für den Fall, dass sich unter den Verhältnissen der nächsten Zukunft die Lebensversicherung als neue Form des Sparens einbürgern sollte, wie dies in den Vereinigten Staaten schon längst der Fall ist. Die endgültige Gründung wird am 28. Mai in Dresden erfolgen.

Englische Hotelankäufe in Köln. Ein englisches Konsortium will, wie uns drahtlich gemeldet wird, das Hotel „Ewige Lampe", das jetzt von Engländern belegt ist, käuflich erwerben. Die Verhandlungen mit den Inhabern Gebr. Urban sind bereits im Gange, aber noch nicht zu einem Abschluss gelangt. Die Hotelinhaber verlangen eine hohe Summe; man spricht von 3½ bis 4 Millionen Mark, die sie in Gold ausbezahlt wünschen. Es sollen ferner Verhandlungen wegen Verkaufs des Hotels „Belgischer Hof", bekannt unter dem Namen „Bierstall", schweben.

Die Oderschiffahrt und der Gewaltfrieden. Die Annahme der unerhörten Friedensbedingungen der Entente würde, wie für das gesamte deutsche Wirtschaftsleben überhaupt, so auch für die Oderschiffahrt einen verrichtenden Schlag bedeuten. In den Kreisen der schlesischen Binnenschiffahrt besteht kein Zweifel darüber und insbesondere ist man sich darüber klar, dass, falls die Losreissung Oberschlesiens von der Provinz zur Tatsache würde, der Transport der oberschlesischen Kohle zum grössten Teil von seinem bisherigen Wege abgedrängt werden würde. Als weitere verhängnisvolle Folge der Abtretungen an Polen würde sich die Tatsache ergeben, dass die Verbindung zwischen Oder und Weichsel auf dem Wasserwege unterbrochen würde. Ebenso würde die Verwirklichung aller Bestrebungen, die auf die Schaffung grosszügiger, vom Osten nach dem Westen Deutschlands führender Wasserwege hinzielen, vollkommen hinfällig würden. In den schlesischen Schiffahrtskreisen herrscht ebenso wie in der oberschlesischen Kohlenindustrie der Eindruck vor, dass die auf die Schiffahrt bezüglichen Friedensbedingungen von dem Bestreben diktiert sind, Deutschland zu einem stärkeren Bezug der englischen Kohle zu zwingen, als dieser schon in der Friedenszeit erfolgt. Es ist daher begreiflich, dass sich die schlesische Binnenschiffahrt, die auf eine Sonderaktion in dieser Richtung verzichtet, sich der allgemeinen Bewegung gegen die Gewaltfrieden der Entente nachdrücklichst anschliesst.

Fusionen in der Rheinschiffahrt. Die Badische Aktiengesellschaft für Rheinschiffahrt und Seetransport und die Rhein-Schiffahrt Aktiengesellschaft vorm. Fendel berufen ausserordentliche Generalversammlungen ein, in denen die Fusion beider Gesellschaften unter gleichzeitiger Erhöhung des Aktienkapitals beschlossen werden soll. Die Badische Aktiengesellschaft für Rheinschiffahrt besitzt ein Aktienkapital von 4 Millionen Mark und die Rheinschiffahrt Aktiengesellschaft ein solches von 3 Millionen Mark.

Gründung einer süddeutschen Revisions- und Treuhand-Akt.-Ges. In Mannheim ist unter der Firma Süddeutsche Revisions- und Treuhand-Akt.-Ges. ein neues Unternehmen gegründet worden, das sich mit den bekannten Treuhandgeschäften befassen soll. Die Gründer der Gesellschaft sind u. a. die Süddeutsche Disconto-Gesellschaft in Mannheim und die Revisions- und Treuhand-Akt-Ges. in Berlin. Das 1 Million Mark betragende Aktienkapital des Unternehmens ist von den Gründern übernommen worden.

Neue Anleihe der Stadt Frankfurt a. O. Der Stadt Frankfurt a. O. ist die Genehmigung zur Ausgabe von Schuldverschreibungen bis zum Betrage von vier Millionen Mark behufs Beschaffung der Mittel für Kriegsausgaben usw. erteilt worden.

Erprobung der Lehmbauweise in Schlesien. Da infolge des ungeheuren Kohlenbedarfs auch in der warmen Jahreszeit nicht mit einer für die Fabrikationsbedürfnisse ausreichenden Kohlenbelieferung der Ziegelindustrie zu rechnen ist, soll die für ländliche Flachbauten als Ersatzbaust in erster Linie in Frage kommende Bauweise mit Lehm und zwar sowohl der sogenannte Lehmpatzenbau wie der Lehmbrahtstampfbau in bezug auf seine Verwendbarkeit auf dem Lande in der Provinz Schlesien erprobt werden. Zu diesem Zweck werden gegenwärtig in den Kreisen Löwenberg und Falkenberg Musterbauten nach beiden Systemen ausgeführt. Als Bausachverständige wurden der Gutsbesitzer a. D. Müller aus Berlin-Friedenau und der Fachlehrer Richard Enders aus Görlitz herangezogen. Zur Unterstützung des Unternehmens haben die Schlesische Landwirtschaftskammer, die Schlesische Landgesellschaft und der Schlesische Arbeitsnachweisverband Beihilfen bewilligt. Mit der Ausführung der Bauten sind Lehrgänge verbunden, an denen Landwirte oder deren Beauftragte zwecks Erlernung der Bauweise zum eigenen Gebrauch und Personen aus dem Baufach, die sich zu berufsmässigen Bauleitern und Bauarbeitern in der Lehmbauweise ausbilden lassen wollen, teilnehmen. Erwerbslose und Kriegsbeschädigte werden als Teilnehmer besonders bevorzugt. Die Organisation liegt in den Händen des ehemaligen Pressebevollmächtigten des aufgelösten Demobilmachungsministeriums Dr. Osterrieth in Liegnitz.

Neugründung. Unter der Firma Grundkreditbank Akt.-Ges. ist in Barmen ein neues Unternehmen gegründet worden, das die Förderung des Boden- und Baukredites insbesondere durch Gewährung des Hypothekenschutzes bezweckt. Das Aktienkapital beträgt 300 000 ℳ.

Ausländische Volkswirtschaft.

Staatliches Flugmonopol in Dänemark. „Politiken" berichtet, die dänische Regierung beabsichtige, die Staatskontrolle über den dänischen Flugverkehr einzuführen, und das Flugmonopol einer grossen dänischen Gesellschaft zu übertragen. Diese Gesellschaft, an der die leitenden Banken interessiert sind, würde unter Aufsicht der Regierung stehen und verpflichtet sein, eine Reihe fester Linien einzurichten.

Der Etat der tschecho-slowakischen Republik. Der Finanzminister Rasin hat, wie aus Prag gemeldet wird, in der Nationalversammlung bei Vorlegung des Staatsvoranschlags für 1919 betont, dass der ordentliche Voranschlag einen Ueberschuss von 182 Millionen, der ausserordentliche Voranschlag jedoch einen Fehlbetrag von 3324 Millionen Kronen aufweise. Er bemerkte u. a., dass rund 7 Milliarden Kronen zur Abstempelung angemeldet und davon rund zwei Milliarden zurückgehalten worden seien. Von einer grossen Finanzreform könne gegenwärtig keine Rede sein.

Beschlagnahme der Entente-Guthaben in der Ukraine. Die Regierung, an deren Spitze ein Bolschewist steht, hat die Auslieferung der Guthaben der Entente verfügt.

Aktiengesellschaften.

In der heutigen Generalversammlung der Gros Leipziger Strassenbahn teilte die Verwaltung dass Unterhandlungen wegen Verstadtlichung im G seien, zu einem Ergebnis aber noch nicht gediehen ha Gegen einen Aktionärantrag, der eine höhere Dividende schlug, wurde die Dividende auf 6 % festgesetzt.

Die Oberschlesische Bierbrauerei vo L. Händler in Hindenburg hat nach dem in der Gene versammlung vorgelegten Geschäftsbericht im Geschäftsj 1918 nach Abschreibungen von 227 037 ℳ (232 683 ℳ) e Ueberschuss von 305 856 ℳ (237 554 ℳ) erzielt, aus d eine Dividende von 9⅓ (7½) auf das von 1,5 2,1 Millionen Mark erhöhte Aktienkapital gezahlt wird.

Die Stettiner Chamottefabrik Akt.-G vorm. Didier hat, einem Auszuge aus dem Geschä bericht zufolge, im Geschäftsjahr 1918 nach Abschreibun von 442 703 ℳ (260 971 ℳ) einen Ueberschuss 2 011 152 ℳ erzielt. Im Vorjahre betrug der Ueberschu nach Rück-teilungen rund 1 350 021 ℳ für Auslandsfor rungen 1 245 290 ℳ. Die Dividende wird mit 10 % (6 in Vorschlag gebracht. Eine Mitteilung, wonach die B teiligung der Gesellschaft an der Didier March Comp Kegsbey (N. Jersey) von den amerikanischen Behörden k kauft worden sei, ist bei der Gesellschaft bisher nicht e gegangen.

Die Deutsche Spiegelglas Akt.-Ges. Wreden hat im Geschäftsjahr 1918 einen Bruttogewinn Höhe von 975 434 ℳ (i. V. 876 024 ℳ) erzielt. Nach A schreibungen in Höhe von 171 596 ℳ (167 743 ℳ) ergibt s ein Ueberschuss von 534 811 ℳ (357 266 ℳ), aus d eine Dividende von 20 % (12 %) gezahlt werden soll.

Bei der Tüllfabrik Flöha Akt.-Ges. in Pla ist im Geschäftsjahr 1918/19 der Fabrikationsgewinn 926 081 ℳ auf 1 953 563 ℳ gestiegen. Aus sonstigen Ertr nissen wurden 331 896 ℳ (i. V. 556 426 ℳ) vereinnah Nach Abzug der Handelsunkosten usw. von 645 23 (432 726 ℳ), der Absetzung eines Kursverlustes Effekten von 473 371 ℳ (15 841 ℳ), einer Rückstell auf Debitoren von 150 000 ℳ (10 ℳ) sowie Abschreibungen von 82 975 ℳ (139 458 ℳ) steht Ueberschuss von 1 447 169 ℳ (1 383 295 ℳ) Verfügung. Die Verwaltung schlägt hieraus wieder Dividende von 16 % vor. Wie die Verwaltung im G schäftsbericht mitteilt, hat sich die Hoffnung auf Besserung der Erträgnisse der Spinnerei Gebr. Liebermann Nachfolger Akt.-Ges. nicht erfüllt. Es mü dort für das laufende Jahr mit einem wesentlich gemindert Erträgnis gerechnet werden. Die Verwaltung beantragt, Aktien dieses Unternehmens zu vorlassen, und zwar soll die Aktien den Aktionären der Tüllfabrik Flöha zum Pre von 60 % im Verhältnis von 5 zu 3 zum Kauf angebo werden.

Ziehung der 5. Klasse der 13. Preußisch-Südd. (239. Kgl. Preuß.) Klassen-Lotterie.

Ohne Gewähr. (Vom 14. Mai.) Nachdruck verboten.

Auf jede gezogene Nummer und zwar gleich hohe Gewinne gelangen und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen zu 1 und 11.

Es fielen in der Nachmittagsziehung:

2 Gewinne zu **30 000** ℳ: Nr. 80 987.
4 Gewinne zu **10 000** ℳ: Nr. 74 746 106 750.
18 Gewinne zu **5000** ℳ: Nrn. 11 499 77 091 81 6
88 543 130 384 141 462 160 800 153 729 202 663.
70 Gewinne zu **3000** ℳ: Nrn. 48 465 51 824 53 0
60 446 61 133 78 557 87 221 100 456 101 038 119 652 120 7
127 333 131 710 142 770 146 953 149 359 156 995 159 5
169 806 172 113 179 826 181 850 186 365 191 188 195 3
203 079 205 244 207 022 210 009 212 611 213 616 214 7
217 831 220 602 229 017.
134 Gewinne zu **1000** ℳ: Nrn. 906 1210 9403 16
20 614 21 748 21 863 24 021 24 953 30 392 32 935 36
37 694 42 569 43 851 49 878 50 023 50 763 53 935 57
63 389 69 053 69 787 76 401 78 095 91 466 93 933 99
103 417 105 963 112 905 115 190 117 591 119 240 119
119 466 123 097 125 853 126 918 127 557 128 278 131
139 233 152 320 152 392 153 846 163 445 166 122 167
171 813 173 207 183 919 184 200 186 434 191 722 194
194 616 199 602 200 312 204 783 205 057 211 997 216
220 263 224 804 226 597 232 299.
194 Gewinne zu **500** ℳ: Nr. 1717 3196 7387 8
9242 10 285 10 788 11 427 15 406 18 353 21 825 22
25 680 26 737 26 921 27 924 34 813 36 459 42 010 43
44 024 46 033 47 066 48 334 54 220 54 926 57 327 58
61 986 63 139 65 941 68 948 71 517 71 669 72 623 73
80 357 82 795 84 192 84 426 88 317 88 631 90 044 96
97 243 118 857 119 456 122 751 124 868 125 016 127
130 353 132 013 137 148 137 266 137 644 138 707 138
142 995 143 170 149 548 150 463 158 538 161 292 162
164 514 164 830 167 294 167 791 168 841 169 236 174
179 110 179 421 181 245 181 862 185 065 186 999 188
195 114 200 721 202 498 206 901 208 421 208 539 211
212 110 213 527 213 704 214 269 219 376 222 215 225
227 192 228 777 232 362 233 550.

Im Gewinnrade verblieben: 2 Prämien zu 300 000 ℳ, 2 G
nungen zu 300 000, 2 zu 75 000, 2 zu 60 000, 4 zu 50 0
4 zu 40 000, 14 zu 30 000, 28 zu 15 000, 66 zu 10 000, 158 zu 50
2114 zu 3000, 4378 zu 1000, 5960 zu 500 ℳ.

Verlag der Hahnschen Buchhandlung in Hannover.

Mitte Mai gelangt zur Ausgabe:

Hoyer's Allgemeines vervollständigtes und stillkritisches

FREMDWÖRTERBUCH

mit Berücksichtigung der Aussprache und Betonung der Wörter nebst genauer Angabe ihrer Abstammung und Bildung.

Bearbeitet, vielfach berichtigt und vermehrt von Prof. G. Lyon, weil. Stadtschulrat in Dresden. 20. Originalausgabe m. Nachträgen besorgt durch Dr. Willy Scheel, Direktor d. Realgymnasiums zu Rinteln. Lex.-8. (VIII, 541 S.) Preis 15 ℳ in Halbleinen m. Schutzdecken.

Die vom Herausgeber Gelehrten bearbeitete Originalausgabe hat Georgen Hoyer in über 100 000 Exemplaren in alle Welt verbreitet. An erster Stelle u. zeichnet sich durch gute Aussprache, Ausstattung bekannte aus. Neue Wortbildungen u. Fachausdrücke sind aufgenommen, fein Fehlendes getilgt, es ist Veraltetes ab. Gelehrter, kann viel. Neuzeitlichem u. Wissen entbehren. Sehr beliebt ist auch d. Anhang in Taschenformat, der kleine Hoyer, Band 1 u. 2 geb. mit ca. 14 000 Fremdwörtern, d. Aussprache u. Bed. in 7. Aufl. neu erschienen ist u. leidlich schon wieder in Taschenbuch u. Gymnas. eingeführt ist. Vollständig erscheint in 10. Originalausgabe bei berühmte, ewig junge Buch:

Ueber den Umgang mit Menschen

von **Adolf Freiherr von Knigge.** 8. XII, 280 S. geh. in Halbleinen 5 ℳ. — Prof. d. unglaubig. Nachdruck hat bis m. der ersten Gesetzung a. Karl Grossbeide verfehlene Originalausgabe sich bis heute die Gunst d. Gebildeten, je weit die deutsche Zunge klingt, zu erhalten gewußt. Dieses Büchlein absoluter Lebensgescheidt bildet in seiner schönen Form einen unerl. Wegweis. z. Glück u. zur Zufriedenheit, der in heutig. Zeit u. doppelt. Wert ist, wo d. Harmonie d. Seelen d. Mangel an äußeren Glückgütern ersetzen muß. — Mit d. allgem. Teuerungszuschlag. Durch jede Buchhandl. u. vom Verlag zu beziehen. Ohne Übersicht nicht, ausbestellte die Originalausgaben obiger Bücher beim Buchhändler zu verlangen. 3011

Juwelen Perlen
Margraf & Co. G.m.b.H.
Kanonierstr. 9 - Berlin - Tiergartenstr. 38
Auch Ankauf

Sektkorke, gebraucht, Stück 20 Pfg. Weinkorke lg. Stck. 4 Pf. kauft **Sperber,** Zehdenicker Strasse 15, Rosenthaler Tor, Norden 4903

FEUERBRÜCKE D.R.P. u. Auslandspat.

statt

Abstreifer.

Fast kein Verschleiss. — Grössere Betriebssicherheit. Erheblich höherer Nutzeffekt im Dauerbetriebe. — Wesentlich einfachere Bedienung (grössere Unabhängigkeit vom Heizerpersonal). — Selbsttätige Schlackenabfuhr. — Zugsicherheit auch des hinteren Rostendes. — Erhöhung der Rostbelastung. — Auch für minderwertige Brennstoffe gut geeignet, die sich mit Abstreifern nicht oder nur schlecht verhalten lassen. — Für alle Arten von Wanderrostfeuerungen. Wichtigste Verbesserung des Unterwindwanderrostes. Zeugnisse über fünfjährige Betriebserfahrungen. — Über 1200 Feuerbrücken in Betrieb bezw Ausführung. -- Ueber 600 Feuerbrücken nachbestellt.

Lu C. Steinmüller Gummersbach.

Andreas Latzko

Menschen im Krieg.

23.—38. Tausend.

Der Abmarsch. — Feuertaufe. — Der Sieger. — Der Kamerad. — Heldentod. — Schinkefer.

brosch. ℳ 2.—, geb. ℳ 3.50, Halbp. ℳ 9.—

Dieser Erzähler verzückt nicht, verwirrt nicht, verschweigt nichts, beschönigt nichts, denn er hebt den Krieg . . . Mann gegen Mann, Leib gegen Leib, Gliedmaßen zu Leben gebrochen, Wut und Tränen aber Empörung hervorrufen. Gleichgültig wird es keinen lassen. („Bolksche Zeitung".)

Dieses Buch wird von keinem seiner Leser wieder vergessen werden. Es bohrt sich unauslöschlich in Hirn und Herz und Blut ein. Gewiß von allen Büchern, die über den Krieg geschrieben sind, hat die Wirklichkeit keines so aufreizendes Naturalistisches der sogenannten schönen Literatur eine leichte Phantasie beleidigt darstellt . . . Jedes Wort ein Realistisches! Ist eine ganze Manier von „Kriegsliteratur" widerlegt. („Literarisches Echo".)

Von demselben Verfasser:

Friedensgericht.

1.—14. Tausend.

Feldgrau. — Meuterer. — Nachthut. — Der Verräter. — Kriegsgefangene. — Die Rache.

brosch. ℳ 3.—, geb. ℳ 11.—, Halbp. ℳ 15.—

Wer auf gleichem Schiffsraf gleichen Greuel so sah und sich nicht lähmt. Ernst und Verschulung wenig lichen Leidens ins Auge zu sehen, wird vor diesen immer bitterer, doch wunderbaren Wert eines wahren Künstlers sein Haupt in Ehrfurcht senken. („Leipziger Tageblatt".)

MAX RASCHER VERLAG ZÜRICH